

19/88

36. Bundesparteitag in Wiesbaden vom 13. bis 15. Juni 1988

Grundsatztreu und zukunfts offen
Die Volkspartei der Mitte

CDU
Die Zukunft



In dieser Ausgabe Wortlaut des Beschlusses „Unsere Verantwortung in der Welt“ (grüner Teil) — Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden Helmut Kohl sowie Redebeiträge von Alfred Dregger, Walter Wallmann, Rudolf Luster und Franz Josef Strauß.

In der nächsten Ausgabe dokumentieren wir den Beschluß „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ und die wichtigsten Debattenbeiträge des zweiten Tages einschließlich des Einführungsreferates von Generalsekretär Heiner Geißler.

Helmut Kohl

Unserem Land die Zukunft sichern

Im Mittelpunkt des ersten Tages beim 36. Bundesparteitag in Wiesbaden (13. bis 15. Juni 1988) stand der Antrag des Bundesvorstandes „Unsere Verantwortung für die Welt“. Nach einer ausgiebigen Diskussion, die über den ersten Tag hinausging und am zweiten Tag fortgesetzt wurde, verabschiedeten die Delegierten den Leitantrag einstimmig. Den genauen Wortlaut finden Sie im grünen Teil dieser Ausgabe.

Zu Beginn des Bundesparteitages in der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden hatte der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann in seiner Eigenschaft als Tagungspräsident dem Bundeskanzler für seine 15jährige Tätigkeit als Parteivorsitzender der Christlich-Demokratischen Union gedankt und seine vielfältigen Verdienste um die Partei gewürdigt (den Redetext von Walter Wallmann finden Sie an anderer Stelle dieser Ausgabe).

Helmut Kohl bedankte sich für diese ehrenden Worte und dankte insbesondere all denjenigen Parteifreunden, die ihm geholfen haben, diese nicht immer leichte Wegstrecke gemeinsam zurückzulegen. Danach hielt der Kanzler das Einführungsreferat und stellte fest:

Liebe Freunde, wir sind heute in Wiesbaden zum 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands zusammengekommen, um zentrale Herausforderungen gemeinsam zu diskutieren. Ungeachtet aller Diskussionen präsentiert sich auch in diesen Tagen in Wiesbaden die CDU Deutschlands als die stärkste und bestimmende Kraft in der Koalition der Mitte. Wir diskutieren die Themen, auf die es ankommt, wir werden Orientierungs-

punkte setzen, an denen sich andere ausrichten können.

Gerade weil ich durch zahlreiche Jahre mit vielen gemeinsam den Weg der Partei gegangen bin, kenne ich unsere Partei und ihre Stimmungen. Ich weiß im Rückblick auf manche Mißhelligkeiten und Rückschläge der letzten Wochen, daß wir gegenwärtig eine Durststrecke zurücklegen. Nach den Aufräumungsarbeiten und nach den großartigen Konsolidierungserfolgen der vergangenen Legislaturperiode stehen wir jetzt in einer wichtigen Phase für das Land existentieller Reformvorhaben.

Wir haben, liebe Freunde, 1982 die Regierungsverantwortung mit dem Ziel und dem Versprechen übernommen, dem Land die Zukunft zu sichern — wenn nötig, auch gegen Widerstand und gegen Trägheit des Denkens. Ich habe mich immer dagegen gewandt, den Wege des geringsten Widerstandes zu gehen und dem jeweiligen Zeitgeist zu folgen. Vor der Geschichte werden wir nur bestehen, wenn wir die Zukunft im Blick haben und das Richtige tun, und nicht, wenn wir dem Gerede des Tages erliegen. Heute — viel zu wenige haben es begriffen — geht es darum, die wirtschaftliche und humane Qualität des Standorts Bundesrepublik Deutschland für die 90er Jahre und darüber hinaus zu sichern. Liebe Freunde, das ist eine Gestaltungsaufgabe, die unsere ganze Kraft fordert, die den Einsatz jedoch lohnt. Mit diesem großen Vorhaben erfüllen wir unseren Wählerauftrag. Wir haben versprochen, Zukunft zu gewinnen: eine sichere Zukunft für alle und eine Zukunft vor allem für die junge Generation.

In vier Jahren, 1992, vollenden wir den europäischen Binnenmarkt. Dies ist ein epochales Ereignis. Nicht nur für die Wirtschaft, sondern in unserer ganzen Gesellschaft wird sich ein gewaltiger Wandel einstellen. Er ist aus gutem Grund mit der Entscheidung zur Währungsreform 1948 verglichen worden. Wir haben gestern den 40. Geburtstag unserer D-Mark begangen. Wir haben an das Wagnis Ludwig Erhards erinnert. Wir haben den Mut der Männer und Frauen jener Tage gefeiert, denen wir es verdanken, daß wir heute mit der freiheitlichsten Verfassung in der Geschichte der Deutschen im freien Teil Deutschlands leben können, daß wir einen beachtlichen Wohlstand und — trotz aller Kritik — ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit erreicht haben.

Liebe Freunde, ich kann Ihnen allen nur zurufen: **Warum sollten wir nicht heute die gleiche Kraft aufbringen an einer neuen Wegscheide deutscher Geschichte wie jene Männer und Frauen im Jahre 1948?**

Wer nur darüber redet, wie er mehr Freizeit bekommt, wer immer nur über noch

„Nach den Aufräumungsarbeiten und nach den großartigen Konsolidierungserfolgen der vergangenen Legislaturperiode stehen wir jetzt in einer wichtigen Phase für das Land existentieller Reformvorhaben.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

kürzere Arbeitszeit spricht, wer nur davon spricht, wie seine Gruppe und sein persönliches Schicksal gedeihen können, und wem es gleichgültig ist, wie es anderen in diesem Land geht, der setzt nicht nur seine, sondern die Zukunft des ganzen Landes auf das Spiel.

Um die Zukunft zu gewinnen, müssen wir

auch zum Umdenken fähig sein und die Kraft zu notwendigen Reformen aufbringen — ob das die Steuerreform ist, die Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens, die Reform unseres Gesundheitswesens, die Reform unserer Alterssicherung, um nur einmal diese vier wichtigen Projekte neben vielen anderen zu nennen, die jetzt die Diskussionen beherrschen.

Liebe Freunde, für keine dieser großen Aufgaben hat die SPD ein tragfähiges Konzept, weder zur Steuerreform noch zur Reform des Gesundheitswesens noch zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzierung. Und bei der Post bleibt die SPD ganz der Vergangenheit verhaftet, während der Rest der Welt längst mit der Informationstechnologien in die 90er Jahre startet.

Die Wahlen — das spreche ich mit Bedacht aus — im Jahre 1990 werden aber danach entschieden, wer wirklich die Zukunft des Landes sichert. Nach meiner Erfahrung aus vielen Jahrzehnten wird die Wahl derjenige gewinnen, der mit Weitsicht, mit Mut und mit Standfestigkeit die richtigen Entscheidungen trifft, sie den Bürgern erklärt und damit Stimme für Stimme erkämpft.

Liebe Freunde, wir haben seit 1982 gute Arbeit geleistet. Das gibt auch Grund zu vernünftigem Selbstbewußtsein. Nur wenige — das ist wahr — sahen schon am 1. Oktober 1982 voraus, wieviel Kraft es tatsächlich kosten würde, das als richtig Erkannte durchzusetzen. Natürlich ist es auch wahr, daß nicht jeder auf dieser Wegstrecke das Maß an Solidarität bewiesen hat, das eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wie die meisten von Ihnen — Walter Wallmann hat das eben gesagt und viel Beifall dafür bekommen — ärgere auch ich mich über den oft unnötigen Streit, der nicht selten nur der Befriedigung persönlicher Eitelkeiten dient.

Es braucht Zeit und es braucht Stehvermögen, bis sich die positiven Wirkungen politischer Entscheidungen — auch und gerade jener, die im Streit durchgesetzt wurden — voll zeigen. So können wir jetzt, liebe Freunde, in der Außen- und Sicherheitspolitik die Früchte unseres Stationierungsbeschlusses von 1983 ernten: In diesen Tagen werden die ersten Raketen abgebaut.

Fragen Sie doch bitte einmal im Kreis unserer Freunde in den Orts- und Kreis-

„Wer immer nur über noch kürzere Arbeitszeit spricht, setzt nicht nur seine, sondern die Zukunft des ganzen Landes auf das Spiel.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

verbänden, wie viele daran geglaubt haben, dieses Ziel sei fünf Jahre nach diesem Beschluß erreicht. Das ist eine großartige Bestätigung unserer Politik.

Auch bei den großen Reformvorhaben in der Innenpolitik können wir nicht erwarten, daß sie „Selbstläufer“ sind. Bei allen notwendigen Entscheidungen stoßen wir täglich auf mächtige, gut organisierte Interessengruppen, die einen gewaltigen Druck ausüben. Mich hat die Erfahrung meines politischen Lebens gelehrt, daß ich mich dem Druck nicht beuge. Mit Verzagtheit werden wir unserer geschichtlichen Verantwortung nicht gerecht.

Keine der wegweisenden Entscheidungen in der Geschichte unserer Republik — denken Sie nur an die Währungsreform vor 40 Jahren — wäre möglich gewesen, wenn die jeweils maßgeblichen Männer und Frauen nicht Mut und Standfestigkeit aufgebracht hätten.

Wir machen Politik für alle. Unser Gemeinwesen ist mehr als die Summe von Einzelinteressen.

Wir brauchen die Kraft zur Zukunftsgestaltung. Wir brauchen die Kraft zu Visionen, die gegen Widerstände im politischen Alltag durchgesetzt werden müssen. Dabei haben wir einen Kompaß, der uns Orientierung gibt: das christliche Menschenbild. Ich verwende bewußt den Ausdruck Kompaß. Das christliche Menschenbild liefert uns keine Patentrezepte für den politischen Alltag. In erster Linie ist es eine Aussage über das Wesen des Menschen, über seine unveräußerliche Würde, seine Möglichkeiten und Grenzen, seine Stärken und Schwächen, über seine Fähigkeit, Verantwortung für den Mitmenschen, für die uns anvertraute Schöpfung wahrzunehmen.

Im christlichen Menschenbild wurzelt die Idee der Freiheit, die auch in Zukunft unser Handeln in der Innen- wie in der Deutschland- und Außenpolitik bestimmen muß. Zum christlichen Verständnis vom Menschen gehört ebenso, daß sich sein Handeln stets im sozialen Raum, d. h. in Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft seiner Mitmenschen vollzieht. Deshalb gehören Freiheit und Verantwortung, Rechte und Pflichten für uns untrennbar zusammen.

Nur Scharlatane verheißten eine Welt, in der es keine Verantwortung füreinander mehr gibt und in der Frieden und Freiheit — im Innern wie nach außen — zum Nulltarif zu haben sind. Das müssen wir immer wieder sagen; dafür müssen wir einstehen.

Niemand darf sein Leben ohne Rücksicht auf das Leben anderer gestalten. Eine Gesellschaft, die nicht verantwortungsvoll mit dem menschlichen Leben umgeht, verwirkt einen Teil ihrer Zukunft. Das gilt auch für das ungeborene menschliche Leben.

Im Mittelpunkt unserer Politik der Zukunftsgestaltung steht daher die Familie. Kinder sind Leben, sind Zukunft. Die

Familie ist der erste und der wichtigste Ort individueller Geborgenheit. Sie vermittelt grundlegende Werte menschlichen Zusammenlebens. Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe zu den Kindern, Solidarität zwischen den Generationen — das alles kann unsere Gesellschaft nur prägen, wenn es sich zu Hause in der Familie bewährt.

Wir haben deshalb sofort nach der Regierungsübernahme 1982 damit begonnen, die Familie wieder in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Unser Ziel steht fest: Wir wollen wieder ein familien- und kinderfreundliches Land werden.

Durch die Einführung des Erziehungsgeldes für alle Eltern und die erstmalige Berücksichtigung von Erziehungszeiten im Rentenrecht haben wir mit der Ausgrenzung der nicht erwerbstätigen Frauen Schluß gemacht. Wir haben neue Wege beschritten, ganz im Sinne unseres Ludwigshafener Grundsatzprogramms. Unsere Politik hat dafür gesorgt, daß

„Die Wahl wird derjenige gewinnen, der mit Weitsicht, mit Mut und mit Standfestigkeit die richtigen Entscheidungen trifft, sie den Bürgern erklärt und damit Stimme für Stimme erkämpft.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

Kinder nicht mehr sozialen Abstieg bedeuten. Warum, liebe Freunde, reden wir nicht häufiger über diese wegweisen- den Reformen, die überall im Land auf große Zustimmung stoßen?

Geld allein löst die Probleme nicht. Wir brauchen einen Bewußtseinswandel. Wie nötig er ist, zeigt die anhaltend hohe Zahl von Abtreibungen, von Kindern also, denen ihr Recht auf Leben verweigert wird. Hier geht es um ein Thema, das

natürlich für das Selbstverständnis von uns Christlichen Demokraten eine besonders wichtige Rolle spielt.

Wir haben dafür gesorgt, daß schwangeren Frauen in Not hinsichtlich ihrer materiellen Probleme Erleichterung geschaffen wurde. Das genügt nicht: Beratung und Aufklärung müssen noch weiter verbessert werden; ihnen kommen zentrale Bedeutung zu.

Hier liegt ein wesentlicher Teil eines erfolgsversprechenden Bemühens um den Schutz des ungeborenen Lebens. Deshalb wollen wir ein Beratungsgesetz.

Meine lieben Freunde, unter der Leitidee der verantworteten Freiheit sind die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zu bestehen. Unser Ziel muß es sein, die wirtschaftliche und humane Qualität des Standortes Bundesrepublik Deutschland zu sichern — für die nächsten Jahre und über die Schwelle des Jahrhunderts hinaus.

Im Kern handelt es sich dabei vor allem um eine geistige Herausforderung: Gefordert ist unsere Bereitschaft umzudenken. Das gilt insbesondere für jene beiden großen Aufgabenfelder, die ich von mir aus heute hier ansprechen will: die wirtschaftlichen Herausforderungen — vor allem auch im Blick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 — sowie die demographischen Herausforderungen, bei denen es um so unterschiedliche Fragen wie Alterssicherung, Bildungswesen, Wohnungsmarkt oder Personalstärke der Bundeswehr geht — um nur einige Aspekte dieses Themas deutlich zu machen.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme — und auch das sollten wir unseren Mitbürgern sagen — macht deutlich, daß unsere wirtschaftliche Ausgangsposition durchaus ermutigend ist. Im sechsten Jahr unserer Regierungsverantwortung stehen wir zugleich im sechsten Jahr einer stetigen

und stabilen wirtschaftlichen Entwicklung nach oben. Es geht kontinuierlich aufwärts, und das müssen wir den Bürgern sagen, weil sie es sonst vergessen und glauben, dies alles geschehe von allein.

Liebe Freunde, das ist eine großartige Leistung, die ringsum in der Welt auch anerkannt wird. Wir müssen es immer wieder deutlich machen, und wir müssen dankbar dafür sein, daß uns hier so viele geholfen haben: viele Menschen guten

**„Wir machen Politik für alle.
Unser Gemeinwesen ist mehr als die
Summe von Einzelinteressen.“**

(Bundeskanzler Helmut Kohl
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

Willens in Betriebsräten, in Unternehmensleitungen, bei Gewerkschaften, überall im Mittelstand, auch bei den Bauern, mögen viele von diesen auch wegen neuer Entwicklungen schimpfen. Die Mehrheit der Bürger dieses Landes ist guten Willens und ist hilfreich auf diesem Weg in die Zukunft.

Daß sich eine solche dauerhafte Aufwärtsentwicklung nicht von selbst versteht, haben die Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten im letzten Herbst deutlich gezeigt. Aber auch und gerade in dieser schwierigen Zeit hat sich doch gezeigt, daß sich die Wachstumskräfte in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen können — allen Katastrophengemälden zum Trotz. Jetzt werden die wirtschaftlichen Prognosen nach oben korrigiert. Im ersten Quartal dieses Jahres lag die Wachstumsrate bei 4,2 Prozent. Ich finde, diese Zahl sollte uns zur Gelassenheit gegenüber manchen aufgelegten Unheilspropheten raten.

Ein wichtiger Aktivposten unserer Anstrengungen ist der Zugewinn von über 780 000 neuen, zusätzlichen Arbeits-

plätzen. Wahr ist auch, daß die Arbeitslosigkeit trotz der erheblichen Ausweitung der Beschäftigung eben nicht entsprechend zurückgeführt werden konnte; denn etwa in dem Umfang, in dem neue Arbeitsplätze entstanden sind, ist auch die Zahl derer gewachsen, die sich als Arbeitssuchende melden, was im übrigen in vielen Fällen ein Vertrauensbeweis in die Zukunftsentwicklung unserer Wirtschaft und damit in unsere Politik ist.

Vor allem junge Leute — das sind jetzt die letzten aus den geburtenstarken Jahrgängen — und Frauen drängen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Gerade ihre Chancen haben sich durch unsere Politik verbessert. So liegt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren zum erstenmal seit sieben Jahren bei weniger als 100 000. Zu keinem Zeitpunkt, liebe Freunde, hat es in der Bundesrepublik Deutschland mehr Arbeitsplätze für Frauen gegeben als heute.

Das heißt: unsere Politik hat für den Arbeitsmarkt greifbare Fortschritte gebracht. Aber dies kann uns alle nicht davon ablenken, daß wir noch wichtige strukturelle Aufgaben zu lösen haben — Aufgaben, die in diesen Tagen für meinen Geschmack etwas zu schroff diskutiert wurden — und was die Dimensionen der Probleme in den Regionen der Bundesrepublik angeht, vielleicht auch etwas zu einseitig. Aber es ist doch einfach wahr, daß wir Verwerfungen haben. Sie sind unübersehbar — nicht nur im Norden und im Westen. Ich denke auch an das Saarland und an andere Bereiche. Dabei weiß ich, daß das nicht einfach eine Frage der Geographie ist, strukturelle Probleme gibt es auch innerhalb einzelner Bundesländer. Wenn dieser Bundesstaat Zukunft haben soll — und wir wollen dies als überzeugte Föderalisten —, müssen wir Lösungen finden, bei denen die fortgeschrittenen Gebiete auch

bereit sind, denen zu helfen, die zurückgeblieben sind. Solche Zahlen, in denen Strukturentwicklung zum Ausdruck kommt, können sich ja auch sehr rasch ändern, wie wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben.

Wir kennen auch die strukturellen Probleme in bestimmten Branchen. Wir alle wissen, daß wir uns auf diesem Feld mancherlei Torheit leisten. Sie werden bei unseren Arbeitsämtern ziemlich wenig Aussicht auf Erfolg mit dem Versuch haben, einen zwei-, drei- oder vierundfünfzigjährigen kaufmännischen Angestellten unterzubringen. Ein törichter Jugendkult hat dazu geführt, daß jemand mit zwei-, drei- oder vierundfünfzig Jahren zu alt ist, obwohl die Lebenserwartung eines solchen Mannes in der Bundesrepublik jetzt bei 76 Jahren liegt. Wir müssen hier umdenken und vernünftige Lösungen für die Zukunft finden.

Ein wichtiger Aktivposten unserer Wirtschaftspolitik darf gerade heute, 40 Jahre nach der Währungsreform, nicht uner-

„Im Mittelpunkt unserer Politik der Zukunftsgestaltung steht die Familie. Kinder sind Leben, sind Zukunft.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

wähnt bleiben: die Rückgewinnung der Preisstabilität. Es ist schon erstaunlich, daß wir jetzt gelegentlich auch im Ausland fast in die Lage kommen, uns wegen dieser Politik der Preisstabilität verteidigen zu müssen. Ich sage meinen ausländischen Gesprächspartnern immer wieder: Inflation ist für die Deutschen nicht irgendein Thema. Zwei Generationen — nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg — haben erlebt, was es bedeutet, wenn über Nacht die Ersparnisse ver-

schwunden waren, oft Lohn für Lebensleistung und das, was sozialen Halt gab. Wir wissen: das Aufkommen der Nazis hat viele Gründe. Aber einer der Gründe war sicherlich die Vernichtung einer ganzen Mittelschicht zu Beginn der 20er Jahre.

Wenn wir für dieses Thema sensibel sind, dann zeigt das ja nur, daß wir geschichtsbewußt geworden sind. Deswegen setzen wir auf eine Politik der Preisstabilität. Das ist im übrigen auch die größte soziale Tat, die wir gegenüber den breiten Schichten unseres Volkes erbringen können.

Liebe Freunde, wir haben einen ganz ungewöhnlich starken Anstieg der Realeinkommen erreicht, und zwar in den letzten beiden Jahren um nicht weniger als 100 Milliarden DM. Das hat es in dieser Dimension noch nicht gegeben. Diese Tatsachen stehen in einem krassen Gegensatz zu dem öffentlichen Lamento, das manche Leute anstellen; auch in einem krassen Gegensatz zu jener Stimmungslage, in der viele sich zu wenig bewußt sind, was wir erreichen konnten, was auf dem Spiele steht und was wir sichern müssen, wenn wir Zukunft gewinnen wollen.

Die Politik der SPD hat in den 70er Jahren Inflation herbeigeführt und damit Einkommen und Ersparnisse der Bürger wieder entwertet. Wir haben mit Stabilität für wachsende Einkommen und Ersparnisse gesorgt. Dies kommt — und das ist Politik und Tradition Ludwig Erhards — den breiten Schichten unserer Bevölkerung zugute. Es ist ein Stück neuer Wohlstand im Lande entstanden. Sie können es unschwer überall selbst erfahren. — Warum, liebe Freunde, reden wir nicht mehr darüber, daß dies unsere gemeinsame Leistung ist?

Für uns ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft Leitbild und Gütesiegel unserer Politik. Wir nehmen großartige gesell-

schaftspolitische Entwicklungen und Ideen auf. Wir wissen, worauf es ankommt: Es geht um die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik Deutschland. Es geht jetzt im Blick auf die zukünftige Entwicklung im neuen Kräfte-dreieck: Vereinigte Staaten und Kanada, Ostasien — insbesondere Japan — und EG, um die Wettbewerbsposition Euro-

„Es geht kontinuierlich aufwärts, und das müssen wir den Bürgern sagen, weil sie es sonst vergessen und glauben, dies alles geschehe von allein.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

pas gegenüber den anderen großen Wirtschaftsregionen. Es geht um zusätzliche Chancen für Wachstum und Beschäftigung in den 90er Jahren. Es geht um das Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften im Bereich der EG. Es geht natürlich vor allem und letztlich um einen weiteren entscheidenden Schritt in den 90er Jahren zur politischen Einigung Europas.

Für uns geht es bei alledem zugleich um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Gerade wir in der Bundesrepublik Deutschland werden von all diesen Änderungen in besonderer Weise betroffen. Als führende Handelsnation der Welt verkaufen wir mehr Waren jenseits unserer Grenzen als jedes andere Land dieser Erde.

Mit dieser ungewöhnlichen Einbindung in die Weltwirtschaft eröffnen sich natürlich große Chancen, aber eben auch besondere Aufgaben.

Was wir zuallererst brauchen, liebe Freunde, sind der Leistungswille und die Einsatzbereitschaft unserer Menschen.

Das ist der eigentliche Reichtum unseres Landes.

Das ist letztlich auch der entscheidende Ansatzpunkt für die Steuerreform 1990. Sie ist ein Kernstück unserer Politik. Wenn zusätzliche Anstrengungen im wesentlichen durch zusätzliche Steuern bestraft statt durch eine verbesserte Einkommenslage honoriert werden, dann ist schwer zu erkennen, woher wir in Zukunft die Initiativen und das Engagement für die Lösung schwieriger Zukunftsaufgaben erwarten sollen; ich sage das mit Bedacht. Auch die notwendig gewordene Erhöhung der Verbrauchssteuern ändert nichts an dieser Feststellung. Wir investieren dieses Geld in die Zukunft — in die Europäische Gemeinschaft und für die Stärkung strukturschwacher Regionen bei uns.

Ich will in diesem Zusammenhang auch gleich ein anderes, heftig umstrittenes Thema nennen: die Gesundheitsreform. Liebe Freunde, daß hier gehandelt werden muß, sagt eigentlich jeder. Die Zahlen sind so katastrophal, daß man sie nicht mehr zu kommentieren braucht: 1960 gab die Krankenversicherung 9 Milliarden DM aus, 1970 waren es 24 Milliarden DM, 1980 86 Milliarden DM, und heute, 1988, sind es 125 Milliarden DM.

Angesichts dieser Zahlen, liebe Freunde, kann ich über manche Kampagne und manchen Versuch, Stimmung gegen uns zu machen, wirklich nur den Kopf schütteln. Daß es mit der Kostenentwicklung so nicht weitergehen kann, muß doch jeder erkennen, der bei klaren Sinnen ist.

Diejenigen unserer politischen Gegner, die glauben, sie könnten in dieser Sache ein Geschäft machen, werden 1990 sehen, daß sie sich getäuscht haben: Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger hat längst erkannt, daß es so nicht weitergehen kann. Wer Besitzstandsdenken und Gruppeninteressen höher stellt als alles

andere und dabei noch mit blanker Diffamierung und mit Unwahrheiten arbeitet, der hat eben nicht begriffen, was die Voraussetzung unseres Wohlstandes — und damit auch unserer sozialen Sicherheit — ausmacht. Wer meint, er könne die Solidargemeinschaft als Selbstbedienungsladen mißbrauchen, der wird auf unseren entschlossenen Widerstand treffen. Wir müssen es ertragen, daß wir uns so nicht bei jedem beliebt machen; denn uns muß es darauf ankommen, daß die Richtung stimmt.

Wir können den Standort Bundesrepublik Deutschland für die 90er Jahre nur sichern, wenn wir nicht über unsere Verhältnisse leben, weder in unserer Wirtschaft noch im Bereich der sozialen Sicherung. Auch das ist ein Schlüsselsatz aus dem politischen Vermächtnis Ludwig Erhards.

Liebe Freunde! Die Bilanz ist doch eindeutig: Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit und den längsten Urlaub. Wenn das so bleiben soll, wenn wir diesen Wohlstand sichern wollen,

„Ein wichtiger Aktivposten unserer Anstrengungen ist der Zugewinn von über 780 000 neuen, zusätzlichen Arbeitsplätzen. Das heißt: Unsere Politik hat für den Arbeitsmarkt greifbare Fortschritte gebracht.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

dann müssen wir bereit sein, Strukturen an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Wir haben 40 Jahre lange hart für den Spitzenplatz gearbeitet, den wir jetzt innehaben. Im europäischen Binnenmarkt der 90er Jahre werden wir diesen Platz nur halten können, wenn wir — ich sage es noch einmal — fähig sind, auch umzudenken.

Das heißt, wir brauchen mehr Offenheit für neue technische und wirtschaftliche Lösungen. Wir dürfen nicht immer nur nach dem Staat rufen. Wir haben viele Bereiche, wo Privatinitiative sehr viel mehr bewirken kann als jede staatliche Bürokratie. Wenn ich mir die Diskussion im Zusammenhang mit der Postreform betrachte, dann meine ich, daß ein Teil der Kritiker die Post nicht in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit führen will und damit die Arbeitsplätze in den 90er Jahren vernichten würde.

Wir brauchen mehr Offenheit für individuelle Wünsche zur Gestaltung der Berufstätigkeit. Deshalb müssen die Tarifpartner für ein wesentlich größeres Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen sorgen.

Die neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Arbeitskräfte — vor allem Frauen — suchen gerade in diesem Bereich neue Chancen. Wenn Sie die Prozentzahlen im Vergleich zu anderen Industrienationen sehen, wissen Sie, daß wir hier noch weit zurückliegen. Hier ist in der Tat viel zu tun. Das ist nicht primär eine Sache des Staates, diese Frage richtet sich vielmehr an die Innovationsbereitschaft der Tarifpartner, die ich dazu herzlich einladen möchte.

Wir brauchen mehr Chancen für eigenverantwortliche Initiative, für Markt und für Wettbewerb. Das ist auch der Grundgedanke der Steuerreform. Nicht immer mehr staatliche Regelungen sind das Ziel. Alle, Unternehmer wie Gewerkschaften, müssen hier ihren Beitrag leisten.

Dazu gehört auch — wenn wir über den Standort Bundesrepublik Deutschland reden — ein klares Wort zu dem wichtigen Thema Lohnnebenkosten. Liebe Freunde, sagen Sie das auch zu Hause in den Podiumsdiskussionen: 60 Prozent der Lohnnebenkosten beruhen auf tariflichen oder betrieblichen Vereinbarungen. Diese tragen immer zwei Unterschriften:

die der Arbeitgeber und die der Gewerkschaften. Viele, die in diesen Tagen in großen öffentlichen Veranstaltungen die Verbesserung des Standorts Bundesrepublik Deutschland anmahnen, finden hier ein breites Feld für eigenverantwortliches Handeln.

Wenn die Tarifpartner ihrer Verantwortung bei den Lohn- und Lohnnebenkosten nicht gerecht werden, wenn die Arbeitsplätze auf diesem Weg immer teurer werden, dann werden wir — trotz aller Anstrengungen in der Politik — nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze haben.

Liebe Freunde! Diese Art von Arbeitsteilung akzeptieren wir nicht: daß in der Sozialen Marktwirtschaft dort, wo es

„Für uns ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft Leitbild und Gütesiegel unserer Politik.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

schwierig wird, der Staat und natürlich wir als Regierungspartei gefordert sind, und dort, wo es angenehm ist, die Tarifpartner.

Niemand will die Tarifautonomie antasten: Sie ist eine große Errungenschaft. Was wir jedoch verlangen, ist die Bereitschaft der Tarifpartner, ihre Verantwortung für das Ganze wahrzunehmen. Wir haben hier notwendige Erfahrungen gemacht — Erfahrungen, die selbst mich gelegentlich verblüfften. Ich habe erlebt, daß wir in Bonn in einer großen Konferenz über die Zukunft des Ruhrgebiets miteinander diskutierten. Alle waren am Tisch: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es kam auch etwas Vernünftiges heraus. Wir waren uns einig, daß eines der Probleme an Rhein und Ruhr die Frage der Lohnnebenkosten, die Frage der zu hohen

Kosten ist. Das änderte nichts an der Tatsache, daß genau einen Tag später eben jene Tarifpartner, die an der Konferenz teilgenommen hatten, einen Tarifvertrag abschlossen, der in gar keiner Weise mehr dem entsprach, was wir am Tag vorher besprochen hatten.

Liebe Freunde, es geht hier nicht um Gewerkschaftsschelte oder Arbeitgeberschelte. Das bringt uns nicht weiter. Es geht mir darum, daß jeder den Satz auf sich bezieht: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten. Daraus erwächst auch Verantwortung etwa im Bereich der Lohnnebenkosten. Wir sind verpflichtet — auch wenn es manchem nicht gefällt —, diese Wahrheiten auszusprechen.

Ich denke hier an die zweite große Herausforderung, nämlich an die Frage der demographischen Entwicklung. Liebe Freunde, hier ist eine ganz ungeschminkte Bestandsaufnahme notwendig. Das Ergebnis muß uns zutiefst betreffen machen. Alfred Grosser, ein Mann, der Deutschland kennt wie wenige, hat vor einiger Zeit in Paris erklärt — ich zitiere es mit meinen Worten —, er verstünde die Deutschen nicht ganz: Sie beschäftigen sich überwiegend mit Fragen des Umweltschutzes. Das sei zwar verständlich, aber über das Wichtigste würden sie nicht reden, nämlich über die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland so wenig Kinder geboren werden — mit all den negativen Folgen, die das für uns haben wird. Der Mann hat recht, meine Damen und Herren. Der Mann hat recht.

Ein paar Zahlen zeigen das: Die Zahl der Geburten pro Jahr hat sich von über einer Million Mitte der 60er Jahre bis heute fast halbiert. Von 1980 bis 1987 ist die Zahl der Schüler um fast ein Viertel zurückgegangen. Allein im laufenden Schuljahr sind es gut 270 000 weniger als im Schuljahr davor. Die Zahl der deutschen Bevölkerung hat sich in den letzten

20 Jahren um fast zwei Millionen verringert.

Jeder weiß, daß diese Entwicklung überhaupt nicht kurzfristig zu verändern ist. Die Dramatik liegt ja vor allem darin — und das begreifen nur sehr wenige —, daß sich diese Entwicklung noch beschleunigt. Das muß doch Besorgnis erregen. Das ist doch ein Thema, das uns aufrütteln muß und das wichtiger ist als die Diskussion darüber ist, ob wir 40, 39 oder 38½ Stunden in der Woche arbeiten.

Wir müssen doch sehen, was für Umschichtungen hier vonstatten gehen. Die Zahl der über 60jährigen wächst kontinuierlich an. 1950 gab es noch zweieinhalbmal soviel Personen unter 15 Jahren wie solche über 65. Heute sind beide Gruppen ungefähr gleich groß. Die Zahl der über 80jährigen ist im gleichen Zeitraum von 500 000 auf mehr als 2 Millionen gewachsen.

Wer dies betrachtet und dieses Zahlenmaterial in sich aufnimmt, der weiß: hier stehen wir vor schweren Herausforderungen bei der Entwicklung unseres Landes. Hier steht letztlich die Frage — das muß man aussprechen — des sozialen Friedens mit auf dem Prüfstand. Denn unser soziales Sicherungssystem kann doch bei

„Die Steuerreform 1990 ist ein Kernstück unserer Politik.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

diesen Zahlen — etwa im Blick auf die Rentenformel des Jahres 1957 — überhaupt nicht mehr funktionieren.

Deshalb setzen wir jetzt eine Reform des Rentensystems durch. Das ist auch eine Frage der gerechten Lastenverteilung. Wir müssen hier miteinander reden und zu richtigen Ergebnissen kommen, und wir dürfen nicht aufschreien, wenn bei-

spielsweise Norbert Blüm mit meiner Unterstützung im Herbst sagen wird: Wir müssen die Lebensarbeitszeit flexibler gestalten.

Wir müssen unser Verhältnis gegenüber den Älteren insgesamt einmal bedenken. Für die Partei haben wir es ja mit der Gründung der Seniorenunion getan. Viele unserer älteren Mitbürger können auch weiterhin etwas in der Gesellschaft leisten. Geben wir ihnen doch die Chance, verantwortliche Aufgaben zu übernehmen. Wir brauchen in der Tat nicht nur im Rentenrecht, sondern auch im Alltag unserer Republik den 3-Generationen-Vertrag: die Älteren, die im Berufsleben stehende aktive Generation und die Generation unserer Kinder können nur im Miteinander die Probleme lösen.

Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, liebe Freunde, daß die absehbaren Belastungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht einseitig von den Beitrags- und Steuerzahlern oder von den Rentnern aufgebracht werden können. Alle Beteiligten müssen einen Beitrag zur Strukturreform leisten. Auch hier gilt: Wir werden es nicht schaffen, wenn wir nicht fähig sind, umzudenken und die notwendige Generationensolidarität aufzubringen. Ich bin überzeugt, daß dies gelingt und daß wir den Konflikt, der zwischen den Generationen droht, vermeiden können. Deshalb muß jetzt die Kraft der gesamten Partei dafür eingesetzt werden, daß wir in diesem Sinne gemeinschaftliche Lösungen finden.

In bezug auf das, was der Oberbürgermeister von Wiesbaden in seiner Begrüßungsansprache ausführte, kann ich nur sagen: Wir laden alle anderen herzlich ein, mitzutun. Es war 1956/1957 eine großartige Sache, daß damals das große Rentenreformwerk, eine der größten sozialen Taten der deutschen Geschichte,

gemeinsam möglich war. Allerdings werde ich mich allem widersetzen, was dazu führt, daß wir nur um der Gemeinsamkeit willen nicht das Richtige tun. Wir müssen jetzt das Richtige tun, auch wenn es im Moment nicht sofort populär ist.

Liebe Freunde, es entspricht einer guten Tradition, daß die Deutschland- und die Außenpolitik auf unseren Parteitag und damit auch im Bericht des Bundes-

„Wir können den Standort Bundesrepublik Deutschland für die 90er Jahre nur sichern, wenn wir nicht über unsere Verhältnisse leben.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

vorsitzenden einen wichtigen Platz einnimmt. Ich will damit zugleich auch den Leitantrag des Bundesvorstandes einführen, über den wir beraten werden.

Wie Sie wissen, hat der erste Diskussionsentwurf eine Debatte ausgelöst, und zwar innerhalb wie außerhalb der Partei. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn alle, die diskutiert haben, zunächst einmal die Diskussionspapiere gelesen hätten. Das wäre ein ganz wesentlicher Fortschritt gewesen.

Die Entwicklung in unserer Gesellschaft schreitet immer weiter fort. Aber bei manchen hat man den Eindruck, daß gleichzeitig die eigene Anstrengung, auch im intellektuellen Bereich, immer geringer wird. Ich rate für die Zukunft, erst Papiere zu lesen und dann darüber zu diskutieren. Übrigens glaube auch ich nicht, daß jeder, der schon morgens um 6.00 Uhr ein Interview gibt, schon wirklich dazu in der Lage ist.

Ich hätte es beispielsweise sehr begrüßt, wenn in diesen Papieren von möglichst vielen die klaren Aussagen zur Europa-, zur Sicherheits- und zur Entwicklungshil-

fepolitik stärker beachtet worden wären. Hier zeigt sich doch die klare konzeptionelle Kraft unserer Partei.

Wir als CDU müssen uns immer wieder klar machen, daß der Zusammenhang zwischen Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes unlösbar ist. Wir müssen — ich sage es als Verantwortlicher der deutschen Politik mit einem großen Bedauern — eine zunehmende Provinzialisierung der deutschen Politik vermeiden.

Es ist zwar eine erfreuliche Tatsache, daß in diesem Jahr 26, vielleicht sogar 27 Millionen Bundesbürger ihren Urlaub im Ausland verbringen. Aber gleichzeitig beobachten wir ein unübersehbares Nachlassen des Interesses an internationaler Politik. Während unser Gewicht in der Welt wächst, wenden wir uns im eigenen Land nicht selten Fragen zu, die bei dieser oder jener Entscheidung nach acht Tagen längst vergessen sind.

Alle innen- und gesellschaftspolitischen Reformen der von mir geführten Bundesregierung haben unmittelbar oder mittelbar Bezüge zu unserer Außenpolitik. Ich will das Ganze auf einen einfachen Nenner bringen: Je stabiler unser demokratisches Staatswesen, je gefestigter der innere Friede und je dynamischer Wirtschaft und Gesellschaft sind, desto höher ist unser Ansehen in der Welt, desto größer ist unser Gewicht in der internationalen Politik und desto mehr haben wir eine Chance, unsere außenpolitischen Interessen wirksam wahrzunehmen.

Konkret heißt das: Wir müssen unser eigenes Haus in Ordnung halten, wenn wir Ansehen und Einfluß draußen gewinnen wollen. Das ist eine alte Bauernregel, die in jedem Dorf bekannt ist und die man gut in die Politik übernehmen kann.

Wir haben in den letzten Jahren eine weitere Erfahrung machen müssen. Immer häufiger sind wichtige innenpolitische

Aufgaben und Herausforderungen unseres Landes eben nicht mehr von uns allein, d. h. national, zu bewältigen, sondern wir sind in die internationale Zusammenarbeit eingebunden. Wirtschaftliches Wachstum und die Überwindung der Arbeitslosigkeit setzen die Exportfähigkeit der deutschen Industrie und — beispielsweise — die weltweite Überwindung des Protektionismus voraus. Wir können noch so viel arbeiten — wenn wir draußen auf protektionistische Mauern stoßen, ist alles umsonst gewesen. Auch das ist eine der klassischen Lehren Ludwig Erhards, die wir jetzt etwa in der EG gegen alle Widerstände durchsetzen müssen.

Wir wissen gerade auch nach den Erfahrungen von Tschernobyl, daß Umweltschutz nur in einer grenzüberschreitenden

„Wir sind Exportland Nr. 1. Wir zählen mit den USA und Japan zu den führenden Industrienationen der Welt. Wenn wir Spitze bleiben wollen, müssen wir fähig und bereit sein, notfalls auch etwas früher aufzustehen und zu arbeiten, um diesen Platz für die Zukunft behaupten zu können.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

Kooperation denkbar ist. Wir wissen aus vielen bitteren Erfahrungen, daß sich beispielsweise die Geißel des Terrorismus nur international wirksam bekämpfen läßt.

Liebe Freunde, im nächsten Jahr, 1989, wird unsere Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre alt. Wir sind heute ein Land von großem internationalen Gewicht. Wir haben politisch, wirtschaftlich und militärisch eine entscheidende Funktion im westlichen Bündnis und in Europa. Ohne

daß wir viel darüber reden: Wir sind Exportland Nr. 1. Wir zählen mit den USA und Japan zu den führenden Industrienationen der Welt. Aber wenn ich dies sage, muß ich hinzufügen, was dies wirklich bedeutet: Wir haben diesen Stand erreicht, obwohl wir nur die Hälfte der Einwohner Japans und ein Viertel der Einwohner Amerikas haben.

Das heißt, wenn wir Spitze bleiben wollen, müssen wir fähig und bereit sein, notfalls auch etwas früher aufzustehen und zu arbeiten, um diesen Platz für die Zukunft behaupten zu können.

Wir sind ein gesuchter Partner für viele Staaten in der Dritten Welt. Das ist ein wichtiger Punkt, gerade für Christliche Demokraten. In Lateinamerika, in Asien und in Afrika gibt es viele, deren Hoffnungen auf Europa und nicht zuletzt auf den Deutschen ruhen. Wir dürfen diese Hoffnungen nicht enttäuschen!

Liebe Freunde, die Erwartung wächst, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr internationale Verantwortung übernimmt. Das wollen nicht nur unsere westlichen Freunde, die es ja immer deutlicher fordern; das meinen auch viele unserer Nachbarn, übrigens auch im Osten, und nicht zuletzt — vielleicht sogar vor allem — unsere Partner in der Dritten Welt.

Wir werden im Ausland im gleichen Atemzug mit den Vereinigten Staaten und Japan genannt, wenn es um wirtschaftliche Stabilität, wenn es um die Sicherung von Wechselkursen, wenn es um internationale Hilfs- und Unterstützungsaktionen geht. Ich weiß, manche dieser Erwartungen gehen zu weit und übersteigen unsere Kraft, aber wir müssen genau bedenken, was auf dem Spiel steht. Verpflichtungen, denen wir gerecht werden können, dürfen wir uns nicht entziehen.

Als freiheitliches, als rechtsstaatliches und als sozial verpflichtetes Gemeinwesen ist

die Bundesrepublik Deutschland unlösbar mit der Wertegemeinschaft des westlichen Bündnisses und mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden.

Liebe Freunde, gerade in den letzten zwei Jahren, angesichts der gewachsenen Zahl menschlicher Begegnungen mitten in Deutschland, ist uns noch mehr bewußt geworden: Wir sind ein geteiltes Volk an der Trennlinie sich gegenseitig ausschließender Staats- und Gesellschaftssysteme: freiheitliche Demokratie auf der einen, kommunistische Einparteiherrschaft auf

„Von Konrad Adenauer stammt der Satz, der auch für uns gültig ist: Freiheit ist Bedingung der Einheit, nicht ihr Preis.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

der anderen Seite. Deshalb müssen unsere Sinne für die geistigen und für die moralischen Herausforderungen, die hier in besonderer Weise entstehen, geschärft sein. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte, daß eine Außenpolitik ohne moralische Grundlagen nicht nur zum Verderben des eigenen Volkes führt, sondern auch zum Verderben anderer Völker. Als Christliche Demokraten bleiben wir der Freiheit, den Menschenrechten, dem Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung verpflichtet. Das ist für uns Orientierung und Handlungsanweisung!

Liebe Freunde, für uns gilt überall in der Welt: Wer zu Menschenrechtsverletzungen schweigt, ermutigt die Diktatur. Ich weiß — und weiß es gerade als Regierungschef —, daß es Zeiten und Umstände gibt, in denen die Klugheit es gebietet, sich im Interesse betroffener Menschen öffentlich zunächst zurückzuhalten. Aber dennoch gilt für uns der Satz: **Eine Politik der Leisetreterei gegen-**

über Diktaturen, wie auch immer sie gefärbt sein mögen, gibt es für uns als CDU Deutschlands nicht!

Freiheit, Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung, das sind die Ziele unserer Deutschlandpolitik. Wir können diese Rechte weltweit nur dann überzeugend vertreten und einfordern, wenn wir auch in Deutschland dafür eintreten. Wir müssen es doch zunächst für unsere Landsleute, für Deutsche tun, denen sie verwehrt sind.

Von Konrad Adenauer stammt der Satz, der auch für uns gültig ist, ja, der zeitlos gültig ist: Freiheit ist Bedingung der Einheit, nicht ihr Preis. Dies sage ich auch im Blick auf manche Diskussionen der letzten Monate.

Wir tragen Verantwortung dafür, die Folgen der Teilung für die Menschen weniger beschwerlich zu machen. Wir wollen, daß möglichst viele Deutsche zueinander kommen können. In den letzten sechs Jahren hat sich durch unsere Politik für Deutschland viel bewegt. Im letzten Jahr konnten in Deutschland mehr als fünf Millionen Menschen in beide Richtungen reisen. Damit haben wir mehr für den Zusammenhalt der Deutschen bewirkt, als jemals nach dem Bau der Mauer möglich war. Es kommt darauf an, daß Menschen in Deutschland zueinander kommen, daß wir uns in dieser Zeit der Teilung nicht auseinanderleben. Bei all diesen Reisen erfahren die Menschen millionenfach, wie widernatürlich die Teilung Deutschlands ist und wie widerrechtlich Mauer und Stacheldraht sind. Wir werden uns mit diesem Unrecht niemals abfinden!

Liebe Freunde, es hat uns sehr bewegt, daß Präsident Reagan im vergangenen Jahr vor dem Brandenburger Tor Generalsekretär Gorbatschow aufforderte, er solle die Mauer niederreißen. Ronald Reagan hat diese Aufforderung bei der

Gipfelbegegnung in Moskau vor zwei Wochen wiederholt. Er bestand auf der Achtung der Menschenrechte, und er setzte sich für die Deutschstämmigen in der Sowjetunion ein. Wir sollten ihm auch hier auf diesem Parteitag herzlich für diesen Akt der Freundschaft und der Menschlichkeit danken!

Diese Appelle des amerikanischen Präsidenten sind Ausdruck einer engen — und dies kann ich bezeugen — freundschaftlich-herzlichen Beziehung zu unserem Volk. Sie sind zugleich die Einforderung von Rechten, die weltweit gelten, also auch und selbstverständlich für alle Deutschen.

Liebe Freunde, mit besonderem Nachdruck setzen wir uns dafür ein, daß sich die Lage der in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden Deutschen verbessert. Sie müssen auch, wenn sie wollen, zu uns ausreisen können. Weil dies unser Wunsch ist, lassen Sie mich hier auch ein ganz offenes Wort zur Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die Aussiedler sagen: Mein Wunsch ist, daß wir diese Landsleute mit offenen Armen empfangen.

Niemand von uns sollte vergessen, daß es den meisten von uns gut, ja, sehr gut geht,

„Abrüstung ist kein Wert an sich, am Ende von Abrüstung muß die Sicherheit größer sein. Das muß das Ziel unserer Politik sein.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

daß aber diese Landsleute in der Regel aus Bedrückung und Not zu uns kommen. Wir sollten dabei nicht nur über Solidarität reden, sondern sie ganz einfach praktizieren.

Wir sollten das Menschenmögliche dafür tun, daß diese Menschen hier eine neue

Heimat finden, und wir werden das tun. Vergessen wir auch nicht, welches Zukunftskapital diese Menschen für unser Land bedeuten.

75 Prozent von ihnen sind zwischen 20 und 45 Jahre alt. Sie haben viele Kinder. Diese Aussiedler sind für uns keine Last. Sie sind ein Stück Zukunft dieser Bundesrepublik Deutschland!

Wer mit Recht — und ich bin dafür — immer wieder für Verständnis für unsere ausländischen Mitbürger fordert, die bei uns leben, der soll auch ebenso klar und deutlich für die deutschstämmigen Aussiedler eintreten, die zu uns gekommen sind und noch kommen werden.

Ich bin fest entschlossen, noch vor der Sommerpause gemeinsam mit unseren Freunden in den Bundesländern Regelungen — auch im finanziellen Bereich — zu finden, die das Notwendige sicherstellen. Auch im Blick auf Steuererhöhungen, die jetzt diskutiert werden, sage ich: Wenn die Kosten steigen, weil Sprachunterricht nun plötzlich nicht mehr für 15 000 oder 20 000, sondern möglicherweise für 50 000 junge Leute gegeben wird, dann sollte diese Hilfe selbstverständlich sein unter Deutschen, selbstverständlich für uns, die wir sozusagen auf der „Sonnenseite“ leben.

Liebe Freunde, wenn heute unsere nationalen Anliegen im Ausland wieder mehr Unterstützung finden, so ist dies eine Bestätigung unserer Politik. Wir haben das Thema „Freiheit und Menschenrechte“ für alle Deutschen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt und auch wieder in das Bewußtsein unserer Partner gebracht.

Wir wissen natürlich auch, daß der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage letztlich in Moskau liegt. Wir haben auch dort an unserem Standpunkt nie einen Zweifel aufkommen lassen. Unsere Gesprächspartner haben — ich

selbst habe es erlebt — lange Zeit einfach nur auf die bestehende Lage verwiesen, von der man ausgehen müsse.

Wenn neuerdings Generalsekretär Gorbatschow hinzufügt: „Was in hundert Jahren sein wird, das soll die Geschichte entscheiden“, dann wird dort zum erstenmal — zumindest von ihm persönlich — eingeräumt, daß Geschichte nicht determiniert ist und daß es einfach stimmt, was ich allen unseren Bürgern zurufe: **Die deutsche Frage ist offen, und sie bleibt offen.**

Heute sind in der Sowjetunion und in den meisten Warschauer-Pakt-Staaten Entwicklungen in Gang gekommen, deren Endpunkte niemand absehen kann. Die West-Ost-Beziehungen haben eine Dynamik erhalten, die noch vor zwei Jahren die wenigsten für möglich hielten. Deutschland, liebe Freunde, kann davon nicht unberührt bleiben. Es gibt nicht den geringsten Grund zu der Annahme, die gegenwärtige Lage Deutschlands für eine dauerhafte Entscheidung des Schicksals zu halten. Für mich gilt, was ich Generalsekretär Honecker bei meiner Tischrede, die Sie fast alle mitverfolgt haben, gesagt habe: „Das Bewußtsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren.“ Dies habe ich auch vor ein paar Tagen hundertfach aus dem Mund vieler mir völlig unbekannter Landsleute in der DDR bestätigt bekommen.

Für die CDU bleibt deshalb der Verfassungsauftrag maßgebend, die nationale und staatliche Einheit zu wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Ohne die Unterstützung unserer europäischen und amerikanischen Partner können wir dieses Ziel nicht erreichen. Alles andere ist blanke Illusion. Auch, wenn es um die Einheit Deutschlands geht, sind wir auf ihr Vertrauen und ihre Freund-

schaft angewiesen. Die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und die Vollendung der Einheit Deutschlands sind keine Gegensätze. **Wer meint, wir müßten zwischen beiden wählen, der wird am Ende alles verlieren, nach der Einheit auch die Freiheit. Diese Erkenntnis ist 40 Jahre alt. Es hat sich nichts daran geändert.**

Die Erfolge in der Abrüstung und Rüstungskontrolle und die konstruktive Entwicklung der West-Ost-Beziehungen

„Wir wollen Frieden mit weniger Waffen schaffen. Aber wir wollen vor allem unsere Freiheit sichern, denn die Sicherung des Friedens in Freiheit ist und bleibt unser entscheidendes Ziel.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

beruhen auch darauf, daß das Atlantische Bündnis 1983 seine entscheidende Bewährungsprobe bestand. Es erwies sich als fähig, den NATO-Doppelbeschluß durchzusetzen. Das war ganz maßgeblich ein Verdienst von uns, der Union in Deutschland. Wir können deshalb heute mit Genugtuung feststellen, daß auch die Abrüstungserfolge vor allem auch unsere Erfolge sind.

Meine Damen und Herren, ich habe nie gelegnet — und dies gehört zu den bitteren Stunden, von denen ich sprach —, wie schwer es war, eine Entscheidung durchzustehen, wenn gleichzeitig über 300 000 Menschen dagegen demonstrieren. Ich spreche jetzt nicht von jenen, die „nützliche Idioten“ waren oder die eine andere Republik wollten, sondern von jenen, die in Sorge um den Frieden, nicht zuletzt oft geprägt durch ihre religiöse Überzeugung, demonstrieren. Wir haben in dieser schwierigen Zeit Kurs gehalten.

Ich habe aber doch nur Kurs halten können, weil Sie mir geholfen haben, überall, draußen in den Orts- und Kreisverbänden. Dies ist doch ein hervorragender Hinweis darauf, daß wir auch andere schwierige Probleme lösen können, wenn wir in der gleichen Weise zueinanderstehen.

Erst durch die Festigkeit des Bündnisses bekam der amerikanische Präsident den Rückhalt und den Bewegungsspielraum zu einer offensiven Politik gegenüber der Sowjetunion, die uns jetzt allen zugute kommt. Liebe Freunde, wir müssen auch in Zukunft dafür sorgen, daß wir nicht durch nationale Egoismen, durch Eifersüchteleien und ein nutzloses Hin- und Herschieben von Lasten und Verpflichtungen innerhalb der NATO dieses gemeinsame Kapital gefährden. Die Erfahrung der letzten Jahre hat doch gelehrt, daß Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft, daß Abrüstung und Entspannung in einer unmittelbaren Beziehung zueinander stehen. Wer Sicherheit und Abrüstung voneinander trennt, gefährdet am Ende beides und damit letztlich den Frieden. Wir müssen beides, Abrüstung und Sicherheit, im Auge behalten. Abrüstung, liebe Freunde, ist kein Wert an sich, am Ende von Abrüstung muß die Sicherheit größer sein. Das muß das Ziel unserer Politik sein.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachten wir auch die Frage der Modernisierung von Waffensystemen. Sie ist eben nicht ausschließlich aus dem Gesichtswinkel der Abrüstung zu entscheiden. Vielmehr müssen wir auch die Notwendigkeit der Verteidigung im Blick behalten. Wir werden auch in Zukunft alles tun, was zur Verteidigung unseres Landes und des Bündnisses notwendig ist.

Liebe Freunde, das schulden wir nicht zuletzt unserer Bundeswehr. Es sind junge Leute, unsere Söhne, die dort ihren

Dienst tun. Von ihnen verlangen wir, daß sie ihren Dienst für Frieden und Freiheit zur Verteidigung der Gemeinschaft leisten. Sie müssen wissen, daß dieser Dienst für den Frieden und für die Freiheit notwendig ist. Das bedeutet, daß wir ihnen die bestmögliche Ausbildung und die bestmögliche Ausrüstung geben. Frieden und Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif.

Ich sage das auch in die eigene Partei hinein, weil ja manches vom Zeitgeist auch bei uns zu spüren ist. Wenn ich gelegentlich höre, man müsse Verteidigungspolitik und Sozialpolitik in einen Gegensatz oder in eine entsprechende Relation setzen, so kann ich nur sagen: Uns nützt die beste Sozialpolitik überhaupt nichts, wenn wir den Frieden und die Freiheit des Landes nicht erhalten. Und dies kostet Opfer, es kostet das Opfer junger Leute und es kostet Geld. Dieses Geld muß zur Verfügung gestellt werden, wenn Frieden und Freiheit erhalten bleiben sollen.

Ich sage das so eindringlich, weil bei vielen hierzulande und draußen in der Welt die Sorge wächst, ob angesichts der neuen Politik von Generalsekretär Gorbatschow und angesichts der ersten Abrüstungserfolge das jetzt zur Verteidigung Notwendige noch politisch durchsetzbar ist. Liebe Freunde, warum eigentlich dieser Kleinmut? Das ist doch im Prinzip das gleiche Argument wie 1982/83. Damals wurde uns auch gesagt, erst müßt ihr die Stationierung verweigern, und dann bekommt ihr die Abrüstung. Genau umgekehrt ist ein Schuh daraus geworden. Wir müssen der anderen Seite sagen: Bis hierher und nicht weiter. Dann werden wir bei den C-Waffen, im konventionellen Bereich, im START-Bereich die Verträge erhalten, die wir brauchen. Das muß das Ziel unserer Politik sein.

Wären wir den Sozialdemokraten gefolgt, hätten wir heute kein INF-Abkommen, das weiß doch jeder.

Wir hätten niemals die Abschaffung einer ganzen Waffenkategorie erreicht. Die Sozialdemokraten haben nichts dazugelernt. Wir werden sie in den Landtagswahlen und in der Bundestagswahl 1990 stellen. Wenn Herr Vogel sich jetzt in Moskau hinter die sowjetischen Vorschläge einer Denuklearisierung Europas stellt, ist es die gleiche Spiel- und Machart wie 1982/83. Ich kann uns nur warnen: Bleiben wir standhaft, so werden wir nicht nur die Wahl gewinnen, sondern uns auch in der Sache selbst durchsetzen.

Wir haben im Bündnis mit Erfolg auf Abrüstung und Sicherheit gedrängt. Ich bin sicher, wir werden weiter erfolgreich sein, auch deswegen, weil jetzt mit Manfred Wörner zum erstenmal ein Deutscher als NATO-Generalsekretär in das Amt einzieht. Ich möchte ihm bei der Gelegenheit auch für seine Arbeit bei uns herzlich danken.

Ich bin sicher, daß ein umfassendes Konzept für Abrüstung und Entspannung gefunden wird und daß Entscheidungen, wie die uns besonders berührende über die Modernisierung neuer Systeme, nicht vereinzelt und nicht isoliert, sondern in einem Gesamtkonzept, getroffen werden. Wir wollen mit Vernunft und mit Augenmaß beiden Aufgaben dienen. Dazu gehört, daß wir den Prozeß von Abrüstung und Rüstungskontrolle konstruktiv vorantreiben, dazu gehört, daß auch der Westen offensiv Vorschläge macht, dazu gehört, daß wir jede Chance nutzen. Unser Ziel ist ein System stabiler Sicherheit auf einem möglichst niedrigen Niveau von Rüstungen.

Wir sind weder Raketen- noch Rüstungsfanatiker. Wir müssen das tun, was notwendig ist, was unsere Pflicht ist. Die Bündnispartner müssen die zukünftige Struktur nuklearer Verteidigung in Europa auch auf der Grundlage eines

ausgewogenen Verhältnisses nuklearer und konventioneller Systeme — das ist für die Deutschen entscheidend — gemeinsam festlegen. Wir wollen — ich sage es nochmals — Frieden mit weniger Waffen schaffen. Aber wir wollen vor allem unsere Freiheit sichern, denn die Sicherung des Friedens in Freiheit ist und bleibt unser entscheidendes Ziel.

Liebe Freunde, wir werden dies alles um so leichter tun können, je enger wir mit unseren Freunden und Partnern draußen zusammenarbeiten. Es ist uns im Februar dieses Jahres in Brüssel während unserer EG-Präsidentschaft gelungen, einen Durchbruch in der Entwicklung der Gemeinschaft zu erreichen. Wir haben jetzt gute Chancen, 1992 das Ziel des europäischen Binnenmarktes zu erreichen. Ich sage es noch einmal und möchte es Ihnen beinahe beschwörend zurufen: Helfen Sie mit, daß das Interesse an diesem Feld der Politik wächst. Dieser Raum ohne Binnengrenzen wird von sei-

„Wenn jetzt über zweieinhalbtausend Mittelstreckenflugkörper verschrotet werden, dann ist dies das Verdienst auch unserer Politik.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

ner wirtschaftlichen Leistungsstärke her mit einer Bevölkerungszahl von über 320 Millionen Menschen der wichtigste Markt der Welt sein. Er wird den Prozeß der europäischen Einigung unumkehrbar machen. Das ist doch genau jener historische Schritt, der nach der Gründung vor 40 Jahren logischerweise in unserem Interesse folgen muß.

Viele sehen nicht, welche Wirkungen bereits heute die Vereinbarung, diesen Binnenmarkt zu schaffen, über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus ausgelöst

hat. Man muß doch einmal schauen, was draußen in der Welt vonstatten geht. Längst diskutieren die EFTA-Staaten von Österreich bis Finnland, wie sie ihre zukünftigen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft ordnen. Aber auch unsere osteuropäischen Nachbarn bedrängen uns — ich erinnere nur an manche Gespräche aus den letzten Wochen, etwa mit Ungarn — mit Fragen, worauf sie sich einzustellen haben und welche Perspektiven und Chancen sich ergeben. Es sind Entwicklungen in Gang gekommen, die sich heute schon auf Gesamteuropa auswirken, ohne daß wir bis jetzt fertige Antworten für zukünftige Strukturen besitzen.

Die Anziehungskraft eines Teils eines einigen Europas ist ungeheuer groß. Nicht ohne Grund spricht Herr Gorbatschow vom „Haus Europa“. Das ist ein Begriff, der mir gefällt, wenn er richtig interpretiert wird. Unser Haus Europa hat viele Fenster, hat viele Türen, und jeder kann aus- und eingehen, denn unten sitzt kein Blockwart, der darüber bestimmt, wer im Haus einen Mietvertrag bekommen könnte. Das ist unser Bild vom Haus Europa.

Liebe Freunde, bei aller Verzagtheit — auch im europäischen Denken —: **Wir sind doch die klassische Europapartei.** Ein entscheidender Antrieb für diese Entwicklung hat sich aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit ergeben. Wie sagte de Gaulle? Er sagte: zwei Nachbarländer, „dazu geschaffen, einander zu ergänzen“. Er sagte es an den Gräbern von Verdun. Ich habe ähnliches gemeinsam mit François Mitterrand am gleichen Platz gesagt. Wir haben — das ist eine der großartigsten geschichtlichen Leistungen der Neuzeit überhaupt — 12 Jahre vor Ende dieses Jahrhunderts, das so entsetzliche Bruderkriege brachte, die Konsequenzen aus der Geschichte gezogen. Wir sind mit unseren französischen Freunden

einig, daß wir in Europa weiter vorangehen. Wir werden unsere verteidigungspolitische Zusammenarbeit weiter ausbauen. Wir werden unsere Politik der Abrüstung und Entspannung mehr noch aufeinander abstimmen. Wir werden unsere Außenpolitik, insbesondere gegenüber dem Osten, noch stärker koordinieren. Wir werden unsere Zusammenarbeit in Wirtschafts-, in Währungs-, in Wissenschafts- und Technologiefragen weiter vertiefen.

Diese Zusammenarbeit wendet sich gegen gar niemanden in Europa. Sie ist für die Einigung Europas aber unerläßlich. Das Ziel der Gründungsväter war doch nicht die Wirtschaftsgemeinschaft oder eine Art Freihandelszone, sondern, wie es im Elysee-Vertrag vom 22. Januar 1963 heißt, „ein immer engerer Zusammenschluß der europäischen Völker“, ein politisch geeintes, freies Europa. Das muß das Ziel unserer Politik bleiben.

Auf dieser Grundlage können wir wirklich eine **aktive Ostpolitik** betreiben, weil wir außer Zweifel stehen, weil unsere Freunde in Paris, in London, in Washington und sonstwo in der Welt wissen: Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht käuflich. Sie sind nicht mit irgendwelchen Angeboten zu verlocken. Sie wissen, daß die Westbindung unseres Landes Teil unserer Staatsräson ist.

Von dieser Basis aus führen wir auch die notwendigen Gespräche. Die sowjetische Führung hat unter Generalsekretär Gorbatschow weitreichende Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozeß ist heute in seinen Zielen, in seinen Instrumenten und Ergebnissen noch nicht zuverlässig einzuschätzen. Es gibt viele Hoffnungen im In- und Ausland. Gorbatschow gibt heute nach seinen eigenen Worten — ich zitiere ihn — den Anspruch seiner Partei auf

„den Besitz der Wahrheit in letzter Instanz“ auf. Er nimmt Abschied — ich zitiere ihn wieder — vom „geschichtlich determinierten Sieg des Sozialismus“. Liebe Freunde, er kann jetzt beweisen, wie ernst es ihm damit ist, und wir sollten auf die Beweise achten —: auf die Achtung von Menschenrechten wie beispielsweise diejenigen der Freiheit des Gewissens, der Religionsfreiheit — ich finde überhaupt, wir sollten mehr über die Religionsfreiheit sprechen und der freien Meinungsäußerung. Er kann es beweisen durch mehr Pluralität und nicht zuletzt durch die Anerkennung des Rechtes eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung. Es gibt Anzeichen — ich sage: Anzeichen —, die in diese Richtung deuten. Wir wollen diese Bestrebungen aufmerksam verfolgen. Letztlich zählen aber immer nur die Taten und nicht die Worte.

In der **Außen- und Sicherheitspolitik** sind wichtige Fortschritte erzielt worden. Ich erinnere an den INF-Vertrag in diesen Tagen. Liebe Freunde, ich sage es noch einmal: Wenn jetzt über zweieinhalbtausend Mittelstreckenflugkörper verschrotet werden, dann ist dies das Verdienst auch unserer Politik. Wir wollen nicht, daß es bei diesem ersten Schritt bleibt. Wir wollen neues Vertrauen schaffen. Wir wollen weitere Fortschritte. Wir hören aufmerksam — dies ist im deutschen Blätterwald fast untergegangen — eine Stimme aus Moskau, die darauf hinweist, daß die massive Aufrüstung der Sowjetunion in den 70er Jahren das Mißtrauen des Westens hervorrufen mußte. Als wir Christliche Demokraten das damals hier bei uns sagten, wurden wir von der SPD angegriffen. Wir wurden immer wieder als Leute bezeichnet, die entspannungsfeindlich seien — erinnern Sie sich an die Landtagswahlen —, angegriffen als Leute, die friedensunfähig seien. Das war doch ein Teil der Diffamierungskampagne.

Heute erfahren wir aus Moskau selbst Bestätigung für unsere Überzeugungen und Vorbehalte.

Wir werden jeden Fortschritt unterstützen, der dazu führt, wirkliche Spannung abzubauen und Gräben zu überwinden. Ich habe seit meinem Regierungsantritt immer wieder darauf hingewiesen, daß ich es für nützlich halte, wenn gut vorbereitete Gipfelbegegnungen stattfinden. Die Ergebnisse gerade der letzten Wochen zeigen, wie wichtig dies ist. Die Entwicklung belegt, daß die beiden Weltmächte sich ein Stück nähergekommen sind. Damit wurden Tore auch für eine

„Unsere Erfolge sind uns nicht einfach zugefallen. Sie mußten mit Grundsatztreue, mit Mut und mit Standfestigkeit erarbeitet werden.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

bessere Zusammenarbeit zwischen den Europäern in West und Ost geöffnet. Wir sollten diese Chance nutzen.

Ich werde mit Generalsekretär Gorbatschow bald zweimal zusammenkommen, in der zweiten Hälfte Oktober in Moskau und im ersten Halbjahr 1989 in Bonn. Wenn Generalsekretär Gorbatschow sein Land wirklich öffnet, wenn er mehr Zusammenarbeit anstrebt, wie er mir mitgeteilt hat, wird er in uns faire und berechenbare Partner finden.

Wir messen — schon allein auf Grund der geographischen Lage — der Beziehung zur Sowjetunion eine zentrale Bedeutung bei. Wir wollen eine neue Qualität dieser Beziehung. Wir werden in diese Gespräche selbstverständlich unsere ureigensten Interessen einbringen.

Darüber hinaus verdient die Entwicklung in einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten großes Interesse. Ich will hier ganz ein-

fach sagen: Wir wollen jede ausgestreckte Hand ergreifen, wenn damit Zusammenarbeit gesucht wird und wenn Vereinbarungen in gegenseitigem Interesse möglich sind. Die Vereinbarungen mit Ungarn, mit Bulgarien und der Tschechoslowakei sind ebenso wie jene mit der DDR nach Zahl und Inhalt durchaus eindrucksvoll. Wir wollen, wie es im Leittrag des Bundesvorstandes, über den jetzt diskutiert wird, heißt, „unsere Politik der guten Nachbarschaft fortsetzen“ und „das Verhältnis zu den östlichen und südöstlichen Nachbarn in allen Bereichen verbessern“.

Liebe Freunde, die Zusammenarbeit zwischen West und Ost hat in den letzten Jahren einen wichtigen Anstoß durch die Entwicklung in der Dritten Welt erhalten. Wir verfolgten das mit Aufmerksamkeit bei den Verhandlungen der Weltmächte über das Krisenmanagement in einigen Regionen.

Es ist einfach an der Zeit, daß dort Frieden geschaffen wird.

Was leider immer noch fehlt — und das ist eine unserer Aufgaben —, sind tatkräftige Beiträge der Europäer als Gemeinschaft. Mit bloßen Erklärungen überzeugen wir niemanden. Wir müssen uns schon ernsthaft fragen, ob dieser alte Kontinent seiner Verantwortung gerecht wird. Angesichts der internationalen Entwicklungen können wir es nicht bei einzelnen Bemühungen einzelner EG-Staaten belassen.

Zu diesen Entwicklungen gehört auch, daß sich Japan, China, Indien wie der pazifische Raum insgesamt in einer beinahe atemberaubenden Weise entwickeln. Auch außerhalb dieses Kontinents bilden sich neue Machtzentren heraus. Ich habe in diesen Jahren alles versucht, um unsere Beziehungen dorthin zu aktivieren. Ich bin stolz darauf, hier heute sagen zu können, daß beispielsweise

unsere Beziehungen zur Volksrepublik China eine große Erfolgsgeschichte geworden sind. Wir haben jetzt auch einen neuen Anlauf in den Beziehungen mit Indien genommen.

Unser Erfolg, liebe Freunde, beruht darauf, daß wir diesen Staaten nicht bloß als Handelspartner — so wichtig das ist — entgegentreten und viele von ihnen eben in erster Linie nicht nur als Empfänger von Entwicklungshilfe sehen, sondern sie als gleichwertige Partner ansprechen.

Es hat sich in der Welt jetzt auch langsam herumgesprochen — es könnte sich auch noch bei uns im Land herumsprechen —, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr Entwicklungshilfe leistet als alle Staaten des Warschauer Paktes zusammen. Der Kampf gegen Hunger und Armut in der Dritten Welt ist eine moralische Herausforderung gerade für uns als Christliche Demokraten. Das Schicksal der Menschen in der Dritten Welt kann uns niemals gleichgültig lassen. Wir haben 1946, 1947, 1948 erlebt, was Hilfe in der Stunde der Not bedeutet, und wir ziehen daraus unsere Konsequenzen.

Diese Länder setzen mehr und mehr auf uns: auf die Europäer und auf die Deutschen. Deswegen brauchen wir mehr Koordination, etwa auch in der Frage, die jetzt in Toronto auf dem Weltwirtschaftsgipfel eine Rolle spielt, nämlich beim Schuldenerlaß für besonders arme Länder.

Wir haben hier ein Beispiel gesetzt. Von der Bundesrepublik wurden besonders armen Ländern bereits vier Milliarden DM Schulden erlassen. Ein weiterer Schuldenerlaß für eine Reihe von Entwicklungsländern wird jetzt konkret vorbereitet.

Bei all diesen finanziellen Bemühungen werden wir nicht aus den Augen verlieren: Zu einer stabilen politischen Ordnung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung

ermöglicht, gehört immer, auch in der Dritten Welt, die Garantie von Grund- und Menschenrechten sowie von Mitwirkungsrechten für alle Bürger. So heißt es im Leitantrag zu diesem Parteitag, und das ist Teil unserer Politik.

Liebe Freunde, in Gesprächen mit ausländischen Besuchern erfahre ich immer wieder, wie sehr das Ansehen unseres Landes gewachsen ist. Wir haben dazu unseren Beitrag geleistet.

Nicht nur draußen in der Welt setzt man auf uns Christliche Demokraten. Vor zwei Wochen erst habe ich bei einem privaten Besuch in der DDR erlebt, wieviel Zuspruch und Sympathie unsere Politik findet, wieviel Hoffnungen gerade auf die CDU gesetzt werden. Das war nicht zuletzt deswegen ein bewegendes Erlebnis, weil — wie Sie wissen — um die Jahreswende 1982/83 nicht wenige drüben im anderen Teil Deutschlands Befürchtungen hatten.

Die Menschen, die ich auf dem Marktplatz von Gotha traf, vor dem Dom von Erfurt, in Weimar oder im Fußballstadion in Dresden — sie sind für uns keine Fremden. Wir gehören gemeinsam der gleichen Nation an. Das ist ganz unmittelbar zu spüren. Deswegen rate ich uns allen, nicht nur bei offizieller Gelegenheit, sondern auch privat hinüberzufahren, zu möglichst ungezwungenen Begegnungen mit Menschen. Wir müssen menschliche Begegnungen pflegen und mit den Menschen sprechen.

Unsere Erfolge sind uns nicht einfach zugefallen. Sie mußten mit Grundsatztreue, mit Mut und mit Standfestigkeit erarbeitet werden.

Noch vor wenigen Jahren — und das möchte ich Ihnen nochmals zurufen — war unser klarer außenpolitischer Kurs auch in der Öffentlichkeit unseres Landes heftig umstritten. Heute — nachdem die Entwicklung uns eindrucksvoll bestätigt

hat — finden wir breite Zustimmung, und selbst die Opposition tut sich schwer, an diesem Punkt Kritik zu üben.

Wir sollten die Erfahrung, die wir gemacht haben, um zu diesem positiven Ergebnis zu kommen, nicht so schnell wieder vergessen. Denn, liebe Freunde, wir stehen auch jetzt und in den nächsten Monaten in einer schwierigen Phase, der schwierigsten Phase in dieser Legislaturperiode: Wir müssen ungewöhnlich komplizierte und sehr weitreichende Entscheidungen treffen. Und manche haben die Notwendigkeit noch nicht einmal erkannt.

Es ist meine feste Überzeugung: So wie wir unsere Außenpolitik durchgesetzt haben und zu unbestreitbaren Erfolgen gekommen sind, so werden wir auch im innenpolitischen Bereich das Reformwerk durchsetzen können: wenn wir auch diesmal standhaft bleiben; wenn wir an den notwendigen Entscheidungen festhalten; wenn wir vor der Macht und vor den Drohungen einzelner Gruppen nicht zurückweichen; wenn wir dem Wohl des Landes und aller Bürger dienen; wenn wir zusammenstehen — mit unseren Partnern in der Koalition und vor allem in der Gemeinschaft, in der politischen Heimat unserer Partei.

Diese großen Reformprojekte sind Weichenstellungen für die Zukunft; sie können nicht verschoben werden. Auch dieser Parteitag muß und wird deutlich machen: Wir werden niemandem nach dem Munde reden, wir wollen unsere Pflicht tun.

Gehen wir, liebe Freunde, selbstbewußt an die Arbeit. So gewinnen wir auch bei Wahlen ganz selbstverständlich erneut das Vertrauen unserer Mitbürger. Und wir gewinnen mit ihnen zusammen eine gute Zukunft für unser Land.

Ich bitte Sie: Helfen Sie uns und helfen Sie mir auf diesem Weg!

Wir haben die bessere Politik und die besseren Ideen

Am späten Nachmittag des ersten Tages nahm der Parteivorsitzende Helmut Kohl noch einmal das Wort. Der Kanzler antwortete auf eine Reihe kritischer Anmerkungen aus den Reihen der Delegierten, die sich um das Erscheinungsbild der Bundesregierung und der Bundespartei in der Öffentlichkeit Sorgen machen. In einer sehr engagierten und kämpferischen Rede stellte Helmut Kohl u. a. fest:

„Es entspricht der Tradition und ist auch ein guter Brauch, daß der, der am meisten angesprochen worden ist — und das ist in diesem Fall der Bundesvorsitzende, über dessen Bericht die Generalausssprache geführt wurde —, natürlich auch selbst dazu antwortet.

Wir diskutieren offen und kritisch miteinander. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Die Fähigkeit einer freien, einer demokratisch verfaßten Partei zur Kritik ist so notwendig wie die Luft zum Atmen. Das praktizieren wir jedenfalls in den eineinhalb Jahrzehnten, in denen ich die Partei führe, ganz gewiß. Lassen Sie sich doch um Gottes willen nicht von außen den Unsinn aufreden, dies sei keine diskutierende Partei. Wir diskutieren so viel und so intensiv wie jede vergleichbare Partei in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich habe viel Verständnis, wenn jemand, wie es soeben einer unserer Freunde von der Saar — nämlich unser Delegierter Gehring — hier in einer ungewöhnlich sympathischen Weise getan hat, sagt, er wolle sich jetzt einmal ‚Luft machen‘. Das finde ich gut. Das ist übrigens auch aus medizinischen Gründen gut, aber es ist auch politisch gut. Es ist politisch gut,

damit hier jeder einmal hört, was Gehör verdient. Nur sollten wir, so finde ich, dabei sowohl in der Sache als auch intellektuell redlich miteinander umgehen, ein paar Begriffe unter uns klären und uns nicht manche Diskussion von außen einreden lassen.

Eines unserer Hauptprobleme — und das müssen wir offen ansprechen — besteht darin, daß viele unserer Freunde, und noch mehr unserer Anhänger, den Wechsel von der Oppositions- zur Regierungsrolle noch nicht akzeptieren, zum Teil noch nicht einmal entdeckt haben.

In meiner Zeit als Parteivorsitzender sind über die Hälfte der Mitglieder, die jetzt die CDU Deutschlands bilden, in unsere Partei eingetreten — und das heißt: in der Oppositionszeit.

Viele haben damals natürlich ein ganz bestimmtes Verständnis von Politik gehabt. Ich selbst schließe mich da auch nicht aus. Ich war ja Oppositionsführer im Deutschen Bundestag. Es gibt hier auf diesem Parteitag Oppositionsführer aus Landtagen, und es gibt solche, die ihre Rolle gewechselt haben — wie ich auch. Und wahr ist natürlich, daß die eine oder andere Forderung — auch auf einem Parteitag — sehr viel leichter zu stellen ist, wenn man in der Opposition ist, als wenn man den Regierungschef und die Ressortminister am Tisch sitzen hat, die morgen danach gefragt werden: Wie wirst du das in der Praxis dann realisieren?

Aber, liebe Freunde, ich habe immer gesagt — in der Wahlnacht und vor allem am 1. Oktober 1982 —: Dies wird ein steiniger, ein dorniger, ein steiler Weg. Ich habe niemanden in die Illusion versetzt, daß man nur die CDU wählen müsse — und die Probleme seien gelöst. Mehr als

ein Jahrzehnt haben sich die Probleme durch Untätigkeit unserer Vorgänger-Regierungen angestaut und sind keiner Lösung zugeführt worden.

Und wenn einer unserer Freunde hier vorhin gefragt hat „Warum macht ihr diese Projekte alle auf einmal, warum verteilt ihr das nicht auf die nächste Legislaturperiode?“, dann sage ich aus Überzeugung —: weil wir keine Zeit haben, weil die Geschichte uns die Zeit nicht läßt. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir — unter Zugrundelegung internationaler Bezüge — aus der ersten Liga der Nationen absteigen.

Wir müssen jetzt das, was notwendig ist, um der Zukunft des Landes willen durchsetzen — mit knappen Zeitperspektiven auch für die Kollegen, die im Parlament die Arbeit machen müssen. Ich weiß, daß es schwierig ist, die Gründe für unseren Mangel an Zeit in der Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Es ist auch wahr — und der Kreisvorsitzende aus Baden-Württemberg hat es soeben in einer für mich sehr überzeugenden Weise angesprochen —, daß wir uns das Leben erleichtern könnten.

Wir könnten uns zum einen das Leben in der Koalition erleichtern, in der eine zum Teil völlig sinnlose Profilierung stattfindet. Denn eines ist doch klar: **Entweder die Koalition gewinnt — dann gewinnt sie gemeinsam, oder sie verliert — dann verliert sie gemeinsam —; das ist eine einfache Faustregel.**

Wenn dies so ist, dann gilt das nicht nur für mich, sondern für uns alle. Und das führt mich zu einem anderen Punkt: Die Profilierung von so vielen einzelnen findet auch deswegen statt, weil das Bestrafungspotential, das unsereiner hat, relativ gering ist.

Was ich tun kann — und auch tun werde, wenn es not tut, — ist, daß ich dem oder jenem die Gelbe und, wenns sein muß, die

rote Karte zeige; das ist mein Problem nicht.

Nur: Die meisten, über die Sie sich ärgern, stehen doch gar nicht in der offiziellen Mannschaft, sondern die sprechen vom Spielfeldrand aus. Und ich bin nicht in der Lage der UEFA, jemanden schicken zu können, der diejenigen wegschickt, die am Spielfeldrand stehen und stören. Das ist doch das praktische Problem, vor dem ich stehe.

Und wenn Sie mir also sagen: „Zieh dem oder jenem an den Ohren“, dann schauen Sie sich doch einmal die Ohren an, meine

„Wir sind die klassische Europapartei. Ein entscheidender Antrieb für diese Entwicklung hat sich aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit ergeben. Diese Zusammenarbeit ist für die Einigung Europas unerläßlich.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

Damen und Herren, an denen ich da ziehen soll.

Sie wissen genau, wovon ich rede. Deswegen finde ich es schlecht und töricht, wenn der eine oder andere — und das sage ich jetzt einmal mit Härte — an allem glaubt, was da in irgendeiner Postille geschrieben wird.

Natürlich habe ich die Richtlinienkompetenz. Und überall dort, wo ich sie nach der Verfassung und der gesamtpolitischen Lage wirklich wahrnehmen konnte, habe ich sie doch wahrgenommen.

Erinnern Sie sich doch an den Spätsommer vergangenen Jahres, als es um die Pershing Ia ging. In diesen Tagen hat Generalsekretär Gorbatschow — ebenso wie Präsident Reagan in seinem Schreiben aus der Nacht der Unterzeichnung

des INF-Vertrages — noch einmal deutlich gemacht, daß diese deutsche Entscheidung wesentlich zu dem Abrüstungserfolg beigetragen hat. Ja, liebe Freunde, war das nun eine Richtlinienentscheidung oder war es keine?

Ein Wort zur Koalition. Was wir da erleben ist doch alles nichts Neues. Dies ist, glaube ich, jetzt mein 34. Bundesparteitag. In früheren Zeiten gab es genau solche Probleme, wie wir sie haben, auch. Ich habe kürzlich einigen Kollegen Kopien zweier Schreiben von Konrad Adenauer vom Anfang der 50er und aus den 60er Jahren überreicht und hatte zuvor die Unterschrift und das Datum geschwärzt. Alle waren der Meinung, die Briefe stammten von mir. Ich bin bereit, sie auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Wir sehen: Probleme in der Koalition gab es auch damals. Auch heute haben wir Partner — nicht nur in der FDP, auch in München —, die wiederum ihre Probleme haben, wie jeder unschwer erkennen kann.

Der Ärger über das öffentliche Bild ist berechtigt. Aber bitte hören Sie auf, vom ‚Verkaufen‘ und vom ‚besseren Verkaufen‘ unserer Politik zu reden! Wenn wir in der Koalition spät in der Nacht eine Entscheidung treffen und am nächsten Morgen sitzt jemand schon um 6 Uhr früh am Mikrofon, der noch nicht einmal den Text gelesen hat, und kommentiert diese Ereignisse im Radio — dann kann unser Freund Friedhelm Ost tun, was er will: Da ist angesichts eines solchen Mangels an Disziplin nichts ‚zu verkaufen‘.

Ich füge hinzu: Ich habe in einer Demokratie nicht viele Möglichkeiten durchzugreifen. Sie haben bei Neuwahlen auf dem Parteitag ganz andere Möglichkeiten als ich. Ich bekenne mich zu der Aufforderung, die der Kreisvorsitzende aus Baden-Württemberg eben ausgesprochen hat.

Da ist noch etwas: Wir regieren mit einer Koalition, und ‚Koalition‘ heißt doch, daß wir Kompromisse machen müssen. Sie können in einer Koalition nicht so tun, als seien sie allein in der Mehrheit. Ich höre — vor allen Dingen auch aus der Wirtschaft — immer diese Hinweise: So wie in Großbritannien müßte man das machen, da kann man durchgreifen. — Nun, Margaret Thatcher hat mit etwa einem Drittel der Wahlberechtigten bei der letzten Wahl in Großbritannien etwa 60 % der Mandate erhalten. Mit einem ähnlichen Wahlrecht — in der Bundesrepublik Deutschland — hätten wir seit geraumer Zeit die absolute Mehrheit. Ob das übrigens so gut wäre, bezweifle ich auf Grund unserer Erfahrungen, aber ich will das jetzt nicht näher untersuchen.

Ich will nur sagen: Die Vergleiche hinken alle. Es ist ein mühsames Geschäft, in einer Koalition zu arbeiten, und wir müssen dabei immer zu einem Kompromiß kommen — übrigens auch innerhalb dieser Volkspartei CDU. Ich habe mit großem Interesse die Redner eben gehört; sie sind nahezu alle beklatscht worden. Aber es waren zum Teil völlig konträre Meinungen, die hier beklatscht worden sind. Das will ich doch immerhin einmal gesagt haben.

Wenn wir alles das machen würden, was hier gesagt wurde, würde ein seltsames Bild von der CDU entstehen. Damit meine ich: Sagen Sie nicht nur, ‚die da oben‘, sondern fragen Sie selbst: ‚Was ist realisierbar und was nicht?‘

Da war noch ein Punkt, zu dem ich etwas sagen will, weil er von einem unserer Freunde — wie ich unterstellen will, ohne böse Absicht — aufgenommen wurde, der ist ebenso falsch wie aus der Propagandaküche unserer politischen Feinde — ich sage hier ganz bewußt: ‚Feinde‘, und nicht nur unserer politischen Gegner — entliehen ist. **Diese Koalition — dies**

behaupte ich — ist gegenwärtig die erfolgreichste Regierung in Europa; das können Sie an vielen Indikatoren messen. Dennoch wird auf mich bezogen gesagt, daß der Chef dieser Regierung — der ja wohl auch etwas mit den Regierungsgeschäften zu tun haben muß — Probleme sozusagen ‚aussitzt‘. Wissen Sie, diese Behauptung ist deswegen so abwegig, weil das Gegenteil für jeden erkennbar ist. Ich

„Vor zwei Wochen erst habe ich bei einem privaten Besuch in der DDR erlebt, wieviel Zuspruch und Sympathie unsere Politik findet, wieviel Hoffnungen gerade auf die CDU gesetzt werden.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

zähle nur die wesentlichsten Punkte des angeblichen ‚Aussitzens‘ auf: Da gab es die Stationierung. Liebe Freunde, ich weiß nicht, wie ein Bundesparteitag im Oktober 1983 abgestimmt hätte, wenn ich die konsequente Haltung, die ich durchgesetzt habe — und die Sie dann mitgetragen haben — damals zur Abstimmung gestellt hätte.

Ich weiß nicht, liebe Freunde, wie ein Bundesparteitag abgestimmt hätte, als ich gesagt habe — übrigens mit Unterstützung von Franz Josef Strauß, die sehr hilfreich war: Wir geben jetzt die Bürgschaft für den Milliardenkredit von deutschen Banken an die DDR, weil wir damit eine bestimmte Politik einleiten — nämlich eine Politik, die dazu führt, daß — nach der Entwicklung der Zahlen — in diesem Jahr wiederum schätzungsweise zwischen vier und fünf Millionen Menschen aus der DDR zu uns zu Besuch kommen können. Die Mauer ist zwar nicht verschwunden, aber die Grenzen sind durchlässiger geworden. Diese

Entscheidung war doch heftig umstritten! War das ‚Aussitzen‘?

Ich nehme ein anderes Beispiel, das uns in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1985 bitter weh getan hat: der Streit um die Einführung des Katalysators. Ist nicht auch für manche in unserer Partei die Welt beinahe eingestürzt, haben nicht manche gefragt, wie man so etwas Abwegiges so schnell — und auch noch in einer europäischen Pilotfunktion — machen kann? Einer der deutschen Unternehmer, der sich jetzt nicht genug rühmen kann, daß er mehr Autos als je zuvor verkauft, hat damals gesagt: Die Einführung des Katalysators wird Massenarbeitslosigkeit bringen — das hat der Mann acht Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen gesagt, und unsere Gegner haben es dort gegen uns ausgenutzt. Jetzt laufen die Modelle desselben Unternehmers als ein Welterfolg — nicht zuletzt wegen des Katalysators. In Sachen Umweltschutz, liebe Freunde, brauchen wir uns von niemandem in diesem Lande etwas vormachen zu lassen. Lange vor allen anderen haben wir wichtige Entscheidungen durchgesetzt. Wenn Willy Brandt 1972 oder Helmut Schmidt 1974/75 den Katalysator eingeführt hätten, als es die Japaner und die Amerikaner taten, wäre das Thema längst abgehakt.

Ich nenne ein anderes Thema, bei dem es sich doch gezeigt hat, daß wir — in diesem Fall vor allem Norbert Blüm und ich — keinen Millimeter zurückgewichen sind: das Thema § 116 AFG. Wer hat uns nicht alles empfohlen, hier vor der geballten Macht des DGB zurückzuweichen. Weder Norbert Blüm noch ich sind DGB-feindlich; es ist doch Quatsch, wenn das erzählt wird. Um was ging es denn? In der entscheidenden Besprechung habe ich, als wir nahe an einer Verständigung waren, zu Herrn Breit gesagt: Wir werden nicht dulden, daß in Zukunft

auf dem Weg des sogenannten ‚Minimax-Streiks‘ — d. h. der Bestreikung eines ausgewählten Teils der Betriebe — ein großer Bereich der Wirtschaft lahmgelegt werden kann und das dann von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bezahlt wird. Das heißt nichts anderes als, daß man ohne eigenes Risiko auf der einen Seite der Tarifpartner — nach dem Motto ‚Wenn dein starker Arm dies will‘ — unser Gemeinwesen stilllegt. — Liebe Freunde, ich will Ihnen nicht vorlesen, wer mir in jenen Tagen vor Weihnachten alles gesagt hat: ‚Die falsche Schlacht zum falschen Zeitpunkt‘. — Wir hätten in den Jahren seit der Novellierung des § 116 AFG eine Summe von Streiks bekommen, wenn wir nicht zu unseren Entscheidungen gestanden und das durchgestanden hätten.

Ich nenne ein weiteres Beispiel: die Agrarpolitik. Ich weiß, daß die Bauern auf Ignaz Kiechle, auf mich und auf die Union überhaupt schimpfen. Aber wir sind eigentlich diejenigen, die nur als

„Ich werde mit Generalsekretär Gorbatschow bald zweimal zusammenkommen, in der zweiten Hälfte Oktober in Moskau und im ersten Halbjahr 1989 in Bonn.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

Konkursverwalter einer falschen Politik in den Jahren zuvor jetzt die Prügel einstecken.

Ich war nicht der Erfinder der Überproduktion. Ich habe schon vor Jahrzehnten, als Herr Mansholt das Landeskabinett in Mainz besuchte, gesagt: Das, was Sie hier machen, kann nicht klappen. Mächtige Gruppen — angefangen von den Bauernverbänden über die Agrarwissenschaftler bis zur Agrarpolitik —, die jetzt zum Teil

ganz anders reden, waren damals für diese Politik.

Meine Damen und Herren, bei der entscheidenden Tagung in Brüssel habe ich zwar beinahe zweimal 24 Stunden die Nächte hindurch gegessen — aber wir haben das Problem nicht ‚ausgegessen‘. Wir haben eine Wende herbeigeführt, die — das gebe ich zu — noch drei, vier vielleicht fünf Jahre dauern wird. Hätte man das vor zehn Jahren gemacht, wäre auch dieses Problem längst ausgestanden.

Jetzt, liebe Freunde, sehen wir ein weiteres Beispiel. Norbert Blüm ist von einem der Kollegen und Freunde eben zu Recht gerühmt worden. Was sich bei den Protesten gegen die Reform des Gesundheitswesens ereignet, ist oft nichts anderes als eine große Heuchelei. Jeder, der klar denken kann — das ist immer noch die große Mehrheit der Bevölkerung — erkennt unschwer, daß es so nicht weitergehen kann.

Liebe Freunde, ich weiß, daß wir Fehler gemacht haben; ich doch auch. Ich will auch einmal zugunsten eines Kollegen, der betroffen ist, sagen: Wer das Arbeitspensum von Gerhard Stoltenberg miterlebt hat, und die spezielle Belastung, die er in seinem Heimatbereich in den letzten Monaten ertragen hat, der kann nur Respekt haben vor dem Mann.

Nicht jeder von uns hat die gleiche Konstitution. Wer so oft wie ich erlebt hat, daß bestimmte Druckerzeugnisse den nahen Sturz prophezeiten, der ist in dieser Frage etwas abgeklärter; das gebe ich zu. Aber das ist nicht jedermanns Sache.

Aber meine Sache ist — und das sage ich hier —, zu Kollegen zu stehen, die in besonderen Schwierigkeiten sind. Ich bin damals nicht in einen Interessenverband eingetreten, als ich Mitglied der CDU wurde. Mich hat vielmehr ein bestimmtes Geschichtsbild geleitet, ein bestimmtes

Bild vom Menschen — und das leitet mich heute noch.

Um das festzustellen, brauche ich keine Basiserfahrung, die ich natürlich auch habe: Ich war Ortsvorsitzender, Kreisvorsitzender, Bezirksvorsitzender, Landesvorsitzender. Etwas Ahnung habe ich von unserem ‚Geschäft‘ auch. Nur: wenn eine Regierung in kurzer Zeit aus Gründen, die man bestreiten mag — doch ich stehe zu meiner Meinung —, so viele Entscheidungen treffen muß wie wir, ist nicht alles, wie ich zugebe, bis ins letzte Detail aufs beste gemacht.

In diesem Zusammenhang komme ich zum Thema Arbeitslosigkeit. Das ist ein bedrückendes Problem. Aber ich opponiere gegen den Begriff, den uns die anderen aufgedrängt haben: ‚Massenarbeitslosigkeit‘. Ich sage hier einmal offen, wie mir bei dieser Debatte zumute ist.

Wir haben fast 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Wahr ist, daß jetzt — leider auf lange, lange Zeit zum letzten Mal —, der letzte geburtenstarke Jahrgang ins Berufsleben kommt.

Wahr ist auch, daß sich das Selbstverständnis der Frauen — gerade auch hinsichtlich ihres zweiten oder dritten Lebensabschnitts — und das Vertrauen in unsere Volkswirtschaft — das ist ein Kompliment an unsere Wirtschaftspolitik — dazu geführt haben, daß viele hunderttausend Frauen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt kommen.

Wahr ist schließlich auch, daß wir angesichts der Veränderungen in unserer Gesellschaft — Sie können das in jedem Betrieb erkennen — zunehmend vor dem Problem stehen, minder qualifizierte Leute in Arbeit zu bringen. Das eigentliche Problem der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ist vor allem auch ein Problem der Qualifikation. Da müssen

wir mehr Geld einsetzen, da müssen wir mehr tun.

Hier ist doch die Volkspartei CDU gefordert. In ihr ist doch der Handwerksmeister und der Unternehmer Mitglied. Reden Sie einmal in Städten, die eine Arbeitslosenquote von 12 % oder 14 % aufweisen, mit einem Meister. Der wird Ihnen dann erklären: Ich finde niemanden, wenn ich beim Arbeitsamt nachfrage. Auch das ist Realität.

Hier geht es doch nicht darum — wie einige meinen —, daß wir die Statistik irgendwie schönen wollen, weil wir mit dem Problem nicht fertig werden. Aber es

„Wir werden niemandem nach dem Munde reden, wir wollen unsere Pflicht tun. So gewinnen wir auch bei Wahlen ganz erneut das Vertrauen unserer Mitbürger.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

ist doch wahr, daß unter den Arbeitslosen, die gezählt werden, eine Menge Leute sind, die entweder schwarz arbeiten oder die gar nicht die Absicht haben zu arbeiten. Beides gibt es, und auch das gehört zur Wahrheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche mit Norbert Blüm und anderen darüber geführt, was wir tun können, um die Qualifikation zu verbessern. Liebe Freunde, darin steckt natürlich ein weiteres Problem: Der klassische Hilfsarbeiter ist auf vielen deutschen Fabrikhöfen nicht mehr gefragt. Als ich als Schüler auf dem Bau zu arbeiten begann, hatte ich die Funktion eines Hilfsarbeiters wahrzunehmen. In vergleichbaren kleinen mittelständischen Bauunternehmen gibt es heute solche Hilfsarbeiter überhaupt nicht mehr. Es sind völlig andere Qualifi-

kationen gefragt. Wir sind in der Gesellschaft weit vorangekommen — weiter als es sich etwa bei den Analysen über den Arbeitsmarkt niederschlägt. Wir müssen umschichten und mehr Geld für die Qualifikation zur Verfügung stellen. Das halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben.

Liebe Freunde, wir sind natürlich auch ein Land, von dem Konrad Adenauer einmal gesagt hat, daß es deswegen so schwer zu regieren sei, weil es leicht zur Hysterie neige. Ich gehe nicht so weit; ich bin übrigens ja auch noch nicht so alt wie er. Aber ich finde schon, daß es uns betroffen machen muß, wie etwa Woche für Woche irgendein anderes Thema hochgeblasen wird — und acht Tage später ist es völlig vergessen. Es hat zwischenzeitlich trotzdem die Medien und die Politik zutiefst beschäftigt.

Das heißt also: Wir dürfen uns nicht jedes beliebige Thema aufdrängen lassen. Aber wir müssen zu Themen, die einfach da sind, natürlich unsere Meinung sagen; denn wir stehen mitten in dieser Gesellschaft.

Wir sind dabei, die Grundlinie auf Zukunft zu trimmen. Nur, meine Freunde — und das will ich halt doch hinzufügen —, das geht nicht über Nacht. Ich sage das oft in einem Beispiel: Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Schnellboot, das auf der Stelle drehen kann; sie ist ein schwerfälliger Riesentanker mit einem riesigen Wendekreis.

Die wichtigen Fragen, die jetzt anstehen, müssen bis zum Ende des Jahres 1989 bewältigt werden, damit wir unsere ganze Kraft auf 1990 konzentrieren können.

Ich bedanke mich herzlich für die Kritik, für die Anregungen, für das Mitdenken.

Ich bedanke mich vor allem bei den vielen, die zwar die Faust in der Tasche ballen — aber nicht gleich losschlagen, sondern die wissen: Wir befinden uns in einer schwierigen Zeit, aber wir gehen hier durch.

Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir an dem Ende, das wir uns wünschen, „grundsatztreu und zukunfts offen“ ankommen — wenn wir nur wollen. Wir können schimpfen, wir können kritisieren. Aber wir müssen Mut haben und standfest sein und das Richtige jetzt tun, auch wenn am nächsten Tag die Demoskopie sagt: es ist ganz falsch. Wenn Erhard und Adenauer in den Grundentscheidungen deutscher Politik, die Sie kennen, jeweils nach der Demoskopie gegangen wären, wären wir verloren gewesen; wir hätten jahrzehntelang noch Brotgutscheine gehabt, wir hätten Verteidigungsbeiträge im Bündnis nicht leisten können und vieles andere mehr nicht.

Wir zitieren gerne Adenauer und Erhard. Das ist nicht nur ein Thema für Festvorträge, etwa zum 40. Jahrestag der D-Mark. Das ist Alltag, liebe Freunde, manchmal bitterer Alltag. Aber es ist die Pflicht. So wie Sie mich mit Recht als Vorsitzenden in die Pflicht nehmen, will ich Sie in die Pflicht nehmen mit der Bitte, auf der Wegstrecke durch die Einöde weiterzugehen. Wir werden 1990 gewinnen, weil wir die bessere Politik, die bessere Überzeugung, die besseren Ideen haben — und weil wir dies wollen. Und darauf kommt es an!“

(Langanhaltender lebhafter Beifall — Die Anwesenden erheben sich)

Walter Wallmann

Unsere Grundsätze stehen nicht zur Disposition

Liebe Freunde! Die CDU Hessen freut sich, daß der 36. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in unserem Hessenlande stattfindet. Ich heiße Sie alle in unserer Landeshauptstadt Wiesbaden herzlich willkommen. Ich grüße ganz besonders unseren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl.

Am 12. Juni 1973, also gestern vor 15 Jahren, hat Sie, lieber Helmut Kohl, der 21. Bundesparteitag in Bonn zum erstmalig zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Heiner Geißler hat Ihre Arbeit und Ihre große Leistung während dieser 15 Jahre gestern im Bundesvorstand eindrucksvoll gewürdigt. Er hat Ihnen gedankt und Ihnen die Solidarität des Bundesvorstandes für Ihre künftige Arbeit ausgesprochen. Ich möchte das heute für unseren Parteitag hier tun. Unter Ihrem Vorsitz ist die Union zur modernen Volkspartei geworden. Sie haben in einer schwierigen Zeit, in einer schwierigen Zeit gerade für die Union, das Steuer der Partei übernommen. Die Union war damals nur zweitstärkste Fraktion in Bonn. Die Prognose — wer erinnert sich noch daran? —: keine Chance für die Union, in diesem Jahrhundert wieder Regierungspartei zu werden. Sie, Helmut Kohl, haben den ersten Verdienst daran, daß es nicht so gekommen ist.

Wir alle, die ganze Partei, haben uns mit Ihnen auf einen langen und manchmal schweren Weg gemacht. Es hat seit jenem 12. Juni 1973 über neun Jahre gedauert, bis wir mit Ihrer Wahl zum Bundeskanz-

ler am 1. Oktober 1982 und mit einer Koalition der Mitte wieder die Regierungsverantwortung in Bonn übernommen haben. Dies war nur möglich, weil wir unter Ihrem Vorsitz um die Fortentwicklung unserer Partei gerungen und nach unseren Positionen zu den konkreten Fragen in Staat und Gesellschaft gesucht haben. Das war nicht immer einfach. Es wird auch auf diesem Parteitag, meine lieben Freunde, nicht einfach sein. Aber schweren Herausforderungen, Unsicherheiten über Wertordnungen, neuen Gefahren für Umwelt oder Zivilisation begegnet man nicht mit Patentrezepten oder billigen Parolen.

Sie, lieber Helmut Kohl, haben es sich und uns, und wir haben es uns und Ihnen nicht immer leichtgemacht, und das ist gut so. Wir haben uns während dieser 15 Jahre unser Grundverständnis von christlich-demokratischer Politik bewahrt. Wir haben kein Recht, unsere Grundsätze modischen Trends zu opfern. Zugleich haben wir uns den Fragen unserer Zeit gestellt. Wir haben nach unseren Antworten gesucht, und wir haben sie gefunden. Wir haben unsere Entscheidungen auch dann vor unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern vertreten, wenn das un bequem war. Übrigens, meine lieben Freunde, ich behaupte, dann waren wir auch am überzeugendsten.

Das christliche Menschenbild bleibt Ausgangspunkt und Grundlage unserer Politik. Daraus folgt unser Bekenntnis zur Unverletzlichkeit und Würde jedes Menschen, zur Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, unsere Pflicht zur Solidarität wie

zum Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. Diese Grundsätze stehen nicht zur Disposition.

Wir müssen sie aber im öffentlichen Bewußtsein wachhalten, und wir müssen diese Grundsätze immer wieder erneuern. Deswegen stehen diese Fragen im Mittelpunkt dieses Parteitag.

In Ihrer Zeit als Parteivorsitzender, lieber Helmut Kohl, haben wir uns auf unseren Parteitagen immer wieder grundlegenden und nicht nur tagespolitischen Fragen zugewandt und uns mit ihnen auseinandergesetzt. Ich nenne wichtige Stationen unserer Parteitage: Hamburg, Ludwigs-hafen, Stuttgart, Essen; andere könnten hinzugefügt werden. Die programmatische, die geistige Auseinandersetzung und die daraus folgende politische Standortbestimmung waren die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit und für die Mehrheitsfähigkeit der Christlich Demokratischen Union.

Darum ging es Ihnen immer und besonders. Meine Freunde, ich erinnere an unsere Beschlüsse zur Außen- und zur Deutschlandpolitik, zur Mitbestimmung und Vermögensbildung, zur Reform der beruflichen Bildung oder des Bau- und Bodenrechts.

Lieber Helmut Kohl, 15 Jahre Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands — das waren und sind aber nicht nur Höhepunkte und Erfolge. 15 Jahre — das waren manchmal auch persönlich sehr schwere Stunden, Rückschläge, Enttäuschungen. Sie haben gegen den Zeitgeist und manchmal auch gegen Zweifel in den eigenen Reihen an Positionen festgehalten und sie durchgesetzt, wenn Sie dies für unser Land, für unser Volk für geboten hielten. Ich nenne nur ein einziges Beispiel: Das Festhalten an dem von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt herbeigeführten NATO-Doppelbeschuß, als die SPD aus blankem

Opportunismus auch aus dieser Position längst ausgestiegen war. **Diese klare, diese unmißverständliche Entscheidung war die Voraussetzung für erste Erfolge in der Abrüstung.**

„Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ — dieser Satz aus Ihrer Regierungserklärung bleibt wahr. „Der Kernpunkt des Friedens aber ist die Freiheit“, schreibt Salvador de Madariaga in seinem großen Essayband „Zuerst die Freiheit“. Frieden und Freiheit — so heißt also unser Auftrag.

Nun aber zur Verwirklichung: Schritt für Schritt bedarf es Kraft, Entschlossenheit, Gelassenheit und Realitätssinn. Diese Eigenschaften haben Sie, lieber Helmut Kohl, über 15 Jahre befähigt, Ihre schwere Aufgabe zu erfüllen. Wir danken Ihnen dafür.

Die gewiß nicht leichten Aufgaben der Zukunft — auch die, über die wir auf diesem Parteitag miteinander diskutieren werden — wollen wir gemeinsam mit Ihnen lösen. Wir wünschen Ihnen für die Zukunft Gesundheit und auch jenes Quentchen Glück, das jeder von uns nötig hat. Helmut Kohl, herzlichen Dank für 15 Jahre Arbeit als Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Liebe Freunde, Solidarität, Treue und Kameradschaft beweisen sich immer erst in schwierigen Zeiten. Die hessische Union kann viel davon berichten. Wir haben wirklich nicht nur glückliche Tage erlebt. Ich weiß, wovon ich rede — als früherer Kreisvorsitzender, Bezirksvorsitzender, 15 Jahre Stellvertreter von Alfred Dregger und jetzt rund 6 Jahre Landesvorsitzender der hessischen CDU. Wir haben große Erfolge in den 70er Jahren unter der Führung von Alfred Dregger bei Landtagswahlen errungen, Erfolge, die kaum jemand für möglich gehalten hat.

Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit meinem, unserem Freunde Alfred Dregger für einen unglaublichen Einsatz über 15 Jahre für die hessische Union hier in Wiesbaden auf diesem Bundesparteitag danken.

Liebe Freunde, aber erst am 5. April 1987 haben wir nach 41 Jahren die SPD als stärkste Regierungspartei in der Verantwortung abgelöst. Wir haben schwere Niederlagen erlebt, auch ich persönlich, z. B. bei der Landtagswahl 1983. Eines, meine Freunde, haben wir aber nie verloren: unsere sprichwörtliche Geschlossenheit, unsere Kameradschaft und unseren unbeugsamen Willen, als christliche Demokraten für unsere Politik einzutreten und um die Mehrheit zu kämpfen.

Liebe Freunde, hier sitzen Delegierte des Bundesparteitages, Kreisvorsitzende, Landesvorsitzende, hier sitzen Abgeordnete und Regierungsmitglieder. Ich denke, wir sollten in diesem Augenblick ein Wort an unsere Freunde richten, die vor Ort ihre Aufgabe erfüllen. Wir können sie nur bewundern. Ihnen, die nie irgendwelche Positionen angestrebt haben, schulden wir besonderen Dank, gerade wir hier im Landesverband der hessischen Union.

Sie haben treu und solidarisch zu unseren Überzeugungen und zu den Freunden gestanden, die in Führungspositionen berufen wurden, auch dann, auch wenn wir ohne Chancen zu sein schienen. Das Geheimnis unseres Erfolges, des Erfolges nach 41 Jahren, ist Treue zur Sache und zu Personen. Diskussionen haben wir unter uns geführt. Profilierungen zu Lasten des Ganzen schätzen wir in der hessischen CDU nicht.

In der Niederlage nicht untergehen, im Erfolg nicht übermütig werden — so lautete und so lautet unsere Parole, unsere Überzeugung, aber auch unsere politische Lebenserfahrung. Ich möchte allen unseren Freunden Mut machen, die in den letzten

Monaten bittere Niederlagen hinnehmen mußten. Ich möchte hinzufügen: Verloren sind wir nur, wenn wir uns selbst aufgeben oder wenn wir uns der Hybris der Macht hingeben.

Wir werden auf Zeit gewählt. Städte, Gemeinden, Kreise oder Länder — sie sind nicht das Eigentum einer Partei. Wahlen zu verlieren ist keine Schande, sondern gehört zur Selbstverständlichkeit in der Demokratie. Ein Regierungswechsel ist kein Machtwechsel, sondern ein normaler demokratischer Vorgang. Wir haben unsere Pflicht zu tun und uns ohne Ansehen der Person zu bemühen, das gemeine Wohl zu befördern. Das ist schlicht und einfach unser Grundverständnis von Politik über die Jahrzehnte hinweg gewesen.

Wir haben in Hessen mit der FDP eine Koalition der Mitte gebildet. Beide Parteien hatten und haben unterschiedliche Profile, und sie stimmen nicht in allen Punkten überein, aber in den entscheidenden landespolitischen Fragen sind wir einer Meinung, und darauf kommt es an. Wir bemühen uns, dem Partner nicht zuzumuten, was wir uns selbst nicht zumuten lassen. Wir wollen diese Koalition über diese Legislaturperiode hinaus. Wir betreiben keine Gegengewichtspolitik zu Bonn, weil wir auch den Erfolg unserer Freunde in der Bonner Koalition wollen. Deswegen unterstützen wir mit allen unseren Kräften unsere Freunde in Bonn.

Ich wollte damit durchaus Grundsätzliches anmerken. Wir dürfen nicht der Versuchung nachgeben, uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben von Gruppeninteressen bestimmen zu lassen. Wir müssen den Mut und die Standfestigkeit beweisen, auch gegen den Strom des Zeitgeistes zu schwimmen, wenn die Verantwortung für das Ganze dies verlangt. Wir

dürfen uns nicht opportunistisch gehen lassen.

Die Grundlinie unserer Politik muß erkennbar sein. Hier, meine Freunde, haben wir in letzter Zeit unsere Probleme. Die Grundlinie muß erkennbar sein, die Menschen müssen wissen, warum wir welche Entscheidungen getroffen haben.

Und es darf nicht um Gefälligkeitspolitik gehen. Es kommt eben darauf an, daß die Menschen begreifen, daß wir ihnen erklären, warum wir was entscheiden und durchsetzen.

Und wir werden auch keinen Erfolg haben, wenn wir unsere Politik an Umfrageergebnissen ausrichten. Wir bleiben nur dann mehrheitsfähig, wenn wir das Gespräch mit den Menschen suchen und führen, wenn wir zuhören und dann unseren Standpunkt fest und ohne Überheblichkeit erläutern und vertreten.

Wir werden und wir müssen über die Sachfragen — auch hier auf diesem Parteitag — in aller Offenheit diskutieren.

Das schadet uns überhaupt nicht, im Gegenteil: Es hilft uns. Wir müssen mit diesem Parteitag die Gelegenheit nutzen — nach gemeinsamem Nachdenken über die richtigen Lösungen, nach unseren Beschlüssen —, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu sagen, welchen Beitrag die Christlich Demokratische Union Deutschlands zur Gestaltung der Zukunft unseres Vaterlandes leisten kann und leisten will. Aber ich füge hinzu: Hüten wir uns vor vorschnellen Antworten auf alle Fragen. Hüten wir uns vor der Neigung, alles und jedes vom Staat zu erwarten. Und lassen wir uns nicht durch neue Machbarkeitsideologien verführen! Der Staat — er kann nur in beschränktem Umfange gesellschaftliche Probleme lösen.

Max Weber hat uns gesagt: „Die Politik bedeutet ein langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Dies wünsche ich uns allen am Beginn unseres 36. Bundesparteitages.

Pressestimmen zum 36. Bundesparteitag in Wiesbaden

„Im übrigen aber braucht sich die christliche Volkspartei über neue außenpolitische Programmatik nicht zu schämen. In der Entspannungspolitik und bei der Abrüstung marschiert die CDU ... unter der Führung Kohls und Geißlers ziemlich weit vorne mit.“

(Kölner Stadt-Anzeiger vom 14. Juni 1988)

„Die Debatte selbst sorgte für Wandel. In Foyer spürte man die wachsende Spannung, das teilweise außerordentlich hohe Niveau. Später gab es Phasen fast voller Präsenz, atemloser Aufmerksamkeit.“

(Die Welt vom 15. Juni 1988)

„Die ‚Durststrecke‘ hat die Karawane noch nicht hinter sich, aber sie zeigte gestern den Mut weiterzuziehen.“

(Frankfurter Neue Presse vom 15. Juni 1988)

„Besonders bemerkenswert ist, daß erhebliche Klarstellungen in den Aussagen zum Thema Abtreibung von der Parteibasis kamen.“

(Kölnische Rundschau vom 15. Juni 1988)

„Der Generalsekretär hielt eine brillante Rede, war stets dort präsent, wo es des steuernden Eingriffs bedurfte, und bewies die große Stärke, die Diskussion um das Thema ‚Leben‘ nach der Bedürfnislage der Delegierten laufen zu lassen, anstatt die Auseinandersetzung dem Zeitdiktat unterzuordnen.“

(Kölnische Rundschau vom 16. Juni 1988)

Alfred Dregger

Wir sind nicht nur Kulturnation sondern auch deutsche Staatsnation

Liebe Freunde! Die Bewährung der Union als Reformpartei und die Union als Partei des Friedens, der Freiheit und der Einheit Deutschlands und Europas, das sind die beiden Themen, um die der Bericht der Fraktion Ihnen gegenüber kreisen wird. Regierung und Fraktion benötigen bei der Bewältigung dieser Aufgabenfelder Ihre Unterstützung, die Unterstützung der Partei. Das ist auch eine Frage der Information, und ich benutze die Gelegenheit, Ihnen einige Sachzusammenhänge und Argumente vorzutragen, die Sie benötigen, wenn wir die Entwicklung nicht nur als Zuschauer eines Dramas beobachten, sondern tätig auf sie Einfluß nehmen wollen.

Die Bewährung der Union als Reformpartei: Noch niemals haben Regierung und Fraktion so viele, so schwierige und so bedeutsame Reformaufgaben gleichzeitig anpacken müssen, wie es jetzt der Fall ist. Es sind Reformen, die im Grunde schon vor Jahren hätten durchgeführt werden müssen und die liegengeblieben sind, weil die Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, sie zu verwirklichen. Das müssen nun wir tun; unter Zeitdruck, trotzdem nicht weniger sorgfältig und mit einer nicht immer freundlichen Presse. Darauf will ich nicht eingehen, das Thema ist zu wichtig. Ich meine, wenn Sie diese Informationen schon nicht auf anderen Wegen erhalten, ist es meine Aufgabe — wie all derer, die in Bonn für die Union und für Deutschland arbeiten — sie Ihnen zu übermitteln.

Große Steuerreform: Sie entlastet die

Steuerzahler um netto 50 Milliarden DM jährlich. Selbst wenn wir die Verbrauchsteuererhöhungen, die schon zu Beginn der Legislaturperiode im Koalitionspapier fest vereinbart wurden und jetzt mit rund 8 Milliarden DM in Aussicht genommen sind, von diesen 50 Milliarden DM abziehen, verbleibt eine Nettoentlastung von ca. 42 Milliarden DM jährlich. Das ist die größte Steuerentlastung der Nachkriegszeit.

Die Verbrauchsteuererhöhungen dienen nicht der Finanzierung des Bundeshaushalts. Sie werden der Europäischen Gemeinschaft und den strukturschwachen Bundesländern zugeführt; das letztere in einer Form, die noch vereinbart werden muß. Sie sind zugleich der erste Schritt einer Steuerharmonisierung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, die realisiert werden muß, wenn der europäische Binnenmarkt verwirklicht werden soll, der größte Markt der Erde, den die Staats- und Regierungschefs unter deutscher Präsidentschaft, d. h. unter dem Vorsitz unseres Parteivorsitzenden, des Bundeskanzlers Helmut Kohl, vereinbart haben.

Wir die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sind fest entschlossen, zusammen mit der FDP die Steuerreform Ende Juni zu verabschieden. Wir verwirklichen damit ein großes, kühnes und sozial ausgewogenes Werk.

Die Steuerentlastung ist möglich, weil wir von 1983 bis heute den jährlichen Ausgabenzuwachs des Bundes unter 2 %, mindestens unter 3 % gehalten haben, und zwar über sechs Jahre hinweg. Das ist die

größte Konsolidierungsleistung der Finanzgeschichte.

Sie wird nicht dadurch geschmälert, daß die Nettoneuverschuldung dieses Jahres auf zirka 40 Milliarden DM steigt; deshalb nicht geschmälert, weil das nicht die Folge überhöhter Ausgaben ist. Der überdurchschnittliche Schuldenanstieg dieses Jahres ist ausschließlich einnahmebedingt und deshalb leichter korrigierbar.

Und wir werden ihn im nächsten Bundeshaushalt korrigieren.

Daß die Steuerentlastung die Steuergläubiger, also Bund, Länder, Gemeinden und Kirchen, drückt, ist zwar bedauerlich, aber unvermeidlich. Wir dienen unserem Land und seinen Menschen in gar keiner Weise, wenn wir den Staatsan-

„Wir verwirklichen mit der Steuerreform ein großes, kühnes und sozial ausgewogenes Werk.“

(Alfred Dregger
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

teil am Bruttosozialprodukt und die Steuer- und Abgabenlast immer weiter in schwindelnde Höhen steigen lassen, wie es in der Ära der sozialliberalen Koalition der Fall gewesen ist.

Trotz der beiden ersten, schon in Kraft getretenen Steuerentlastungen haben sich die Steuereinnahmen in den ersten vier Monaten dieses Jahres um zirka 5 % erhöht, und das bei nahezu voller Preisstabilität. Ich meine, mit solchen Erhöhungen müssen die öffentlichen Hände auskommen, auch wenn es schwerfällt, meine Damen und Herren.

Die Steuerentlastung ist nicht nur möglich, sie ist auch notwendig. Sie dient vor allem den breiten Schichten der kleinen und mittleren Steuerzahler. Daß wir die Grund- und Kinderfreibeträge erhöhen und dadurch 500 000 Mitbürger aus der

Steuerpflicht — Lohn- und Einkommensteuer — entlassen, daß wir den Eingangssteuersatz für die kleinen Steuerzahler erheblich absenken und daß wir den Progressionsverlauf vom Eingangssteuersatz zum Spitzensteuersatz begradigen, ist sozial, gerecht und leistungsfördernd zu gleich.

Die Begradigung des Progressionsverlaufs kostet die Steuergläubiger am meisten, nämlich 23 Milliarden DM. Sie entlastet unsere Leistungselite im mittleren Bereich vom gut verdienenden Facharbeiter über den Industriemeister, den Handwerksmeister bis zum mittleren Unternehmer.

Geringfügig ist demgegenüber die Entlastung bei den Unternehmensteuern. Der Spitzensatz bei der Einkommensteuer wird nur von 56 % auf 53 % und die Körperschaftsteuer auf den nicht entnommenen Gewinn nur von 56 % auf 50 % abgesenkt. Die Gesamtsteuerbelastung der deutschen Unternehmen, zu der dann noch die Gewerbesteuer gehört, die es in keinem anderen Land der Erde gibt — was nicht bedeutet, daß ich sie abschaffen möchte; aber man muß das hinzurechnen —, wird nur vermindert von zirka 70 % auf 66 %. In verschiedenen unserer Konkurrenzländer ist sie nur noch halb so hoch, so nach drastischen Steuersenkungen in den USA und Großbritannien. In der Schweiz lag der Gesamtsteuersatz immer auf dieser Höhe.

Es war daher von Anfang an eine üble Lügenpropaganda unserer Gegner — der leider viele aufgesessen sind, sogar im eigenen Lager — zu behaupten, die von uns konzipierte Steuerreform sei etwas für die Reichen. Eher das Gegenteil ist richtig. Deshalb bleibt die Unternehmensteuerentlastung, jedenfalls oberhalb des mittelständischen Bereichs, als unerledigte Aufgabe zurück.

Wir müssen sie in der nächsten Legisla-

turperiode nachholen. Dabei geht es um die Wettbewerbsfähigkeit des Steuerstandorts und damit auch des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland.

Ich bitte Sie alle, als Parteitagsdelegierte die von mir vorgetragenen Tatsachen und Argumente aufzunehmen und in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Zur Zeit überwiegen nicht Information, sondern Desinformation, nicht die objektive Darstellung der Tatsachen und Zusammenhänge, sondern wahrheitswidrige Kampagnen und die — allerdings über Parteigrenzen hinweg, auch bei uns, weit verbreitete — Neigung, zu jammern, schwarzzusehen und die Zukunft in düsteren negativen Farben zu sehen.

Das liegt nicht im deutschen Interesse, und es liegt auch nicht im Unionsinteresse. Deswegen müssen wir dem widerstehen, und dazu rufe ich Sie auf.

Was für die Steuerreform gilt, gilt auch für das Gesundheitsreformgesetz. Wir können unser soziales und freiheitliches Gesundheitswesen nur erhalten, wenn wir die Beitragserhöhungen der sozialen Krankenversicherung stoppen. Der Ausgabenwuchs der sozialen Krankenversicherung — der Bundeskanzler hat heute morgen die Zahlen genannt — von 9 Milliarden DM im Jahre 1960 auf 125 Milliarden DM im vergangenen Jahr ist so nicht durchzuhalten. Die Alternative lautet nicht: Sozialreform — ja oder nein, sondern nach einem geflügelten Wort von Norbert Blüm: **Reform oder Ruin, das heißt Zusammenbruch des Systems der sozialen Krankenversicherung, und daran kann niemand interessiert sein.**

Wir haben in dieser Reform neue Wege beschritten, zum Beispiel die Einführung eines Festbetrages anstelle einer prozentualen Selbstbeteiligung dort, wo es geht. Wichtig ist die Philosophie, die dahintersteckt. Sie lautet wie folgt: Das medizinisch Notwendige soll voll erstattet wer-

den — voll! Niemandem, unabhängig von seinen Einkommensverhältnissen, soll das medizinisch Notwendige vorenthalten werden. Aber alles, was über das medizinisch Notwendige hinausgeht, soll gar nicht erstattet werden. Das Festbetragssystem macht Überforderungs- und Härteklauseln überflüssig, führt aber, wie wir hoffen, zu erheblichen Einsparungen. Wir wollen aber nicht nur sparen, um die Explosion der Kosten und der Beitragsätze zu beenden. Wir wollen und wir müssen auch etwas für die ambulante Hilfe von Schwerstpflegebedürftigen tun. Es wäre verantwortungslos, meine Freunde, die Augen vor der Entwicklung zu verschließen: Auf Grund der gestiegenen Lebenserwartung werden immer mehr Menschen pflegebedürftig. 90 % von ihnen werden zur Zeit in den Familien gepflegt, nur 10 % in Krankenhäusern und Heimen. Würde sich dieses Verhältnis umkehren, dann wäre das nicht nur inhuman — die in den Familien geleistete Pflege könnte von Dritten überhaupt nicht übernommen werden —, es wäre auch unbezahlbar. Wir müssen denen helfen, die diese Pflegeleistung zu Hause erbringen.

Wir gehen dabei, weil ja alle Zahlen nicht genau abzuschätzen sind, sehr vorsichtig vor. In der erstern Stufe wird nur jährlich für vier Wochen eine Ersatzkraft gestellt, damit der — in der Regel: die — Pflegeleistende für diesen Zeitraum von dieser Aufgabe befreit werden kann; eine gute Sache, finde ich.

Heinrich Krone hat einmal gesagt: ihr müßt den Menschen auch etwas Gutes tun, und ich finde, das ist etwas Gutes. Weitere Schritte müssen zu einem späteren Zeitpunkt folgen, natürlich im Rahmen des Möglichen.

Die dritte dringend notwendige große Reformaufgabe stellt uns die Deutsche Bundespost, auf die wir stolz sind und

deren Zukunft wir sichern wollen. Sie ist das größte Unternehmen Europas. Sie gibt zur Zeit etwa ein Viertel der Investitionen im Industrie- und Handwerksbereich unseres Landes in Auftrag. Sie erbringt die unterschiedlichsten Leistungen in Organisationsformen, die im 19. Jahrhundert angemessen waren, den heutigen Erfordernissen aber nicht mehr entsprechen.

Wir haben die Absicht, dieses Großunternehmen in drei öffentliche Unternehmen zu gliedern, die im Verbund bleiben, mit drei Vorständen, von denen jeder in seinem Verantwortungsbereich voll ausgelastet sein wird.

Das gilt insbesondere für den künftigen Bereich der TELECOM, der die Informations- und Kommunikationstechniken umfaßt. Das ist die größte Wachstumsbranche der Gegenwart, deren internationale Verflechtung nicht aufzuhalten ist, am allerwenigsten von der Bundesrepublik Deutschland, dem größten Exportland der Erde. In den 90er Jahren wird diese Branche in Japan die Bedeutung der Automobilbranche übertreffen; was diese Automobilbranche in Japan bedeutet, sehen wir auf unseren Straßen.

Was wir jetzt machen, kommt spät, hoffentlich nicht zu spät, und es geht gewiß nicht zu weit.

Ich sage das nicht nur der Postgewerkschaft, die von der „Umwandlung der Bürgerpost in einer Unternehmerpost“ daherredet; ich sage es allen: **Wir laufen Gefahr, im Wohlstand schläfrig, egoistisch und völlig unbeweglich zu werden.**

Die Immobilität, die Unbeweglichkeit des Denkens und des Handelns hat bei nicht wenigen in unserem Land ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Gerade auf der Linken gibt es geradezu reaktionäres Beharrungsvermögen. So, meine Freunde, können wir den Wettbewerb nicht bestehen, weder mit den wie-

der leistungsfähiger werdenden alten Industrienationen — ich nenne Großbritannien — noch mit den äußerst leistungsfähigen neuen Industrienationen, insbesondere in Südostasien.

Machen wir uns klar: Wir sind ein kleines und an Rohstoffen armes Land. Das einzige, was wir haben, haben wir in unseren Köpfen und in unseren Händen. Wir müssen machen, was die anderen noch nicht machen. Wir müssen ständig Neues erfinden und ständig auf neue Aufgaben umschulen. Das heißt, wir müssen unsere Arbeit und teilweise auch unsere Lebens-

„Wir laufen Gefahr, im Wohlstand schläfrig, egoistisch und völlig unbeweglich zu werden.“

(Alfred Dregger
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

umstände ständig verändern. Wir, die Union, haben das begriffen, die Linken offenbar nicht. Deshalb ist es auch heute — wie in der Vergangenheit — unsere Aufgabe, unser Land für die Zukunft fitzumachen. Dabei können wir uns nicht nach Gruppeninteressen richten. Wir müssen und wir werden uns — ich sage das jetzt als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — nach dem Allgemeininteresse richten, das mehr ist als die Summe der Gruppeninteressen. Und wir werden dieses Allgemeininteresse durchsetzen.

Das gilt nicht nur für die von mir genannten drei Reformbereiche. Das gilt genauso für die Rentenreform — auf die der Bundeskanzler heute morgen eingegangen ist —, die wir vorbereiten, für die Reform der Agrarpolitik in der EG und bei uns selbst, für die innere Sicherheit, für den Umweltschutz, für die Ausländer- und Asylverfahrensgesetzgebung, für den öffentlichen Dienst, für die Gesetzgebung

im Bereich der Mitbestimmung und für vieles andere mehr.

Besonderen Rang hat das Beratungsgesetz, besonderen Rang deshalb, weil es dabei um das Kostbarste geht, was es auf dieser Erde gibt: menschliches Leben.

Wir können alles ersetzen, Menschen nicht. Das Kostbarste sind immer die Menschen. Das wird einer der Gegenstände unserer morgigen Beratungen sein. Die Bundestagsfraktion unterstützt in dieser Aufgabe die federführende Ministerin, Frau Professor Süssmuth, mit Nachdruck.

Ich füge hinzu: Weder Strafe noch Beratung allein können das größte Unglück abwenden, das sich unser Volk nach dem Kriege selbst zugefügt hat und auch jetzt immer noch zufügt. Wenn irgendwo eine geistige und moralische Wende notwendig ist, dann auf diesem Feld. Sie ist keine Angelegenheit der Frauen allein, sondern in gleicher Weise auch eine Angelegenheit der Männer. Was ich auf unserem Bundesparteitag im Oktober 1986 in Mainz gesagt habe, möchte ich heute wiederholen: Wenn die Männer ihren Frauen oder Freundinnen beistünden, gäbe es keine Massenabtreibungen in Deutschland.

Was wir stärken müssen, ist unser aller sittliche Verantwortung für das Leben und unsere Freude an Kindern, die wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden müssen. Ohne diese geistige und moralische Wende wird unser Volk zugrundegehen. Und das darf nicht sein.

Das Tempo und die Vielfalt unserer Arbeit erschwert die Akzeptanz unserer Vorschläge und Entscheidungen. Hinzu kommen Auseinandersetzungen zwischen Unionspolitikern, die von unseren Mitgliedern und Anhängern als schlimmer Streit empfunden werden, übrigens häufig zu Unrecht. Das hängt mit der

Gewohnheit der Medien zusammen, jede Diskussion zur Klärung von Sachverhalten, die ja ein Grundgesetz der Demokratie ist, als Streit zu bezeichnen. Aber es gibt in Union und Koalition auch Auseinandersetzungen, die — zumindest in der Form — verletzend, überflüssig und daher schädlich sind.

Um so wichtiger ist die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie ist bis heute geblieben, was sie seit der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 ist: ein Hort der Stabilität, der Kollegialität und der Solidarität.

Alle Versuche, unsere Bundestagsfraktion auseinanderzuidividieren, sind von uns abgeprallt. Wir lassen uns weder in Parteiflügel noch in Landesgruppen aufteilen, auch in aktuellen Auseinandersetzungen nicht. CDU und CSU sind in ihrer gemeinsamen Bundestagsfraktion eine Einheit, die ihre Entscheidungen in aller Regel einstimmig trifft, natürlich nach

„Besonderen Rang hat das Beratungsgesetz, weil es dabei um das Kostbarste geht, was es auf dieser Erde gibt: menschliches Leben.“

(Alfred Dregger
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

eingehenden Diskussionen und Auseinandersetzungen. Aber wir entscheiden, und dann gemeinsam.

Ich danke allen meinen Kolleginnen und Kollegen, Ihren Bundestagsabgeordneten, meine Damen und Herren Parteitagsdelegierte. Ich danke Theo Waigel, meinem ersten Stellvertreter und Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe. Ich danke auch dem Fraktionsvorsitzenden Mischnick, dem Kollegen aus der FDP-Fraktion, mit dem wir konstruktiv zusammenarbeiten, auch dann, wenn es Streit-

fragen gibt, die wir leider von ganz unterschiedlichen Ansätzen her nicht so überbrücken können, daß es unseren Vorstellungen voll entspricht.

Das zur CDU in ihrer Bewährung als Reformpartei.

So wichtig diese innenpolitischen Reformen sind, noch wichtiger ist die **Außen- und Sicherheitspolitik**.

Für ein Volk in der Mitte Europas und an der Teilungsgrenze zwischen Ost und West ist die Außen- und Sicherheitspolitik die **Existenzfrage**.

Der europäische Staatsmann, der die Lage Deutschlands und Europas am Ende des Zweiten Weltkrieges als einer der ersten klarsichtig erkannte und daraus die einzig möglichen Folgerungen zog, war Konrad Adenauer. Es war die Erkenntnis, daß sich der Teil Deutschlands, der nicht von sowjetischen Truppen besetzt war, nach seiner staatlichen Neuordnung nicht allein zwischen den Fronten, sondern nur im europäischen Verbund und im Bündnis mit den USA würde behaupten können. Das galt politisch, ökonomisch und militärisch in gleicher Weise.

Politisch wurden wir, die Bundesrepublik Deutschland, auf der Grundlage der Adenauerschen Konzeption zu einem geachteten Mitglied der freien Welt. Ökonomisch wurden wir, was damals niemand erwartet hat, zu einer der größten Industrienationen der Erde, die zur Zeit Exportweltmeister ist.

Militärisch wurden wir in einen uneingeschränkten Risiko- und Abschreckungsverbund einbezogen, der das Allianzgebiet beiderseits des Atlantik zu einer strategischen Einheit machte. Nur durch diesen Verbund konnte im freien Resteuropa — sehen Sie sich die Landkarte an — für einen potentiellen Angreifer ein Risiko aufgebaut werden, das für ihn untragbar war. So ist es noch heute.

Die strategische Einheit von Nordamerika und Westeuropa auch im Zuge der Abrüstung zu erhalten, ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Aufgabe ist unter Rahmenbedingungen zu erfüllen, die sich zur Zeit dramatisch verändern.

In der Sowjetunion läuft das „Experiment Gorbatschow“ mit noch ungewissem Ausgang. Sollte es scheitern, könnten die damit verbundenen Turbulenzen für uns gefährliche Folgen haben. Sollte Gorbatschow Erfolg haben, dann würde die Sowjetunion dadurch noch mächtiger werden, als sie jetzt schon ist. Auch das würde unsere volle Aufmerksamkeit, unseren Zusammenhalt und unsere Handlungsfähigkeit im europäischen und atlantischen Verbund erfordern.

Die Ära Gorbatschow bietet natürlich nicht nur Risiken, sondern vor allem auch Chancen; diese müssen genutzt werden. Abrüstung, Friedenssicherung und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen müssen im Vordergrund stehen, auch um den Boden zu bereiten, um die erstarnte Kriegsordnung mit ihren unsinnigen Grenzen in Deutschland, mit ihren Mauern und ihrem Stacheldraht zu überwinden und in eine Friedensordnung umzuwandeln, die die Freiheitsrechte der Menschen und die Würde der Nationen Europas wiederherstellt.

Auch in den Vereinigten Staaten vollziehen sich Veränderungen. Wir müssen dazu beitragen, daß die Allianz dadurch nicht beschädigt wird. Dazu gehört auch, daß wir unsere deutschen Sicherheitsinteressen in die strategische Debatte der Vereinigten Staaten einbringen. Als verlässliche Verbündete können und müssen wir offen miteinander reden. Ich habe es am 5. und 6. Mai 1988 in Washington in Gesprächen mit Präsident Reagan und seiner Administration, in Gesprächen mit

den amerikanischen Medien und in zwei öffentlichen Vorträgen vor einem fachkundigen Publikum getan.

Die mit dem INF-Abkommen begonnene Abrüstung wird unsere Sicherheit in Deutschland nur dann nicht beeinträchtigen, sondern verbessern, wenn sie weitergeht auf der Grundlage eines **Gesamtabrüstungs- und Sicherheitskonzepts**, das keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Europa entstehen läßt.

Es war eine deutsche Forderung an die Allianz, dieses Konzept zu erarbeiten. Die Allianz wird diese Forderung erfüllen. Das ist ein Erfolg gemeinsamer Anstrengungen des Bundeskanzlers und seiner Fraktion.

Es war eine deutsche Forderung an die Allianz, in dieses Konzept auch die atomaren Waffen mit Reichweiten unter 500 km einzubeziehen. Die Allianz wird diese deutsche Forderung erfüllen. Auch das ist ein gemeinsamer Erfolg von Regierung und Fraktion.

Warum das so wichtig ist? Die Sowjetunion hat in diesem Bereich unter 500 km Reichweite, der vom INF-Abkommen nicht erfaßt wird, eine haushohe Überlegenheit von 1365 zu 88 westlichen Systemen. Ferner: Diese Kurzstreckenraketen reichen in Zentraleuropa nahezu ausschließlich von Deutschland nach Deutschland, gleichgültig auf welcher Seite sie stehen. Schließlich: Diese Kurzstreckensysteme können das Gebiet des potentiellen Angreifers nicht erreichen, was ihre abschreckende, d. h. kriegsverhindernde Wirkung begrenzt.

Deshalb können die Kurzstreckensysteme kein Ersatz für die wegfallenden Mittelstreckensysteme sein. Wir Deutsche wollen Abrüstung bei allen Reichweiten, auch bei den kürzeren Reichweiten, aber nicht auf Null, weil das die sowjetische Überlegenheit an konventionellen und chemischen Waffen, die sich weiter

erhöht — Gorbatschow rüstet weiter auf mit Ausnahme dieses Abkommensbereiches —, voll zum Tragen bringen würde.

Deshalb können die Kurzstreckensysteme kein Ersatz für die wegfallenden Mittelstreckensysteme sein; ich sagte es schon. Wir wollen die Abrüstung auch bei den kürzeren Reichweiten, aber bei allen Reichweiten auf einen Mindestbestand, der ausreicht, um den Frieden auch durch Abschreckung eines potentiellen Angreifers sicherzustellen.

Das gilt insbesondere für den Mittelstreckenbereich, dem Gelenkstück zwischen den atomaren Systemen der Vereinigten Staaten in Europa und ihren strategischen Systemen zu Hause und auf den Weltmeeren. Bevor über Kurzstreckensysteme in Europa entschieden werden kann, muß die Allianz klären, was bei den luft- und seegestützten Systemen im Mittelstreckenbereich geschieht.

Zwei Erkenntnisse sollten wir in den letzten Jahren gewonnen haben: Erstens. Abrüstung ist nicht in jedem Falle gut; der Bundeskanzler hat es heute morgen gesagt. Abrüstung ist gut, wenn sie das Gleichgewicht der Kräfte herstellt oder zumindest bewahrt. Maßstab können nicht einzelne Waffenkategorien sein; entscheidend ist der Zusammenhang aller Angriffs- und Abwehroptionen auf dem Hintergrund der geostrategischen Unterschiede von Ost und West in Europa.

Die zweite Erkenntnis: Es gibt nicht nur Allianzinteressen, es gibt auch spezifisch deutsche Sicherheitsinteressen, die wir in die Allianz einbringen müssen. Wir tun es, und mit Erfolg, wie die Entwicklung zeigt.

So wichtig politische, ökonomische und militärische Zusammenarbeit in den jetzigen europäischen und atlantischen Strukturen ist, wir brauchen mehr. Wir brauchen im Rahmen der Allianz die politische

Union der freien Staaten Europas; wir brauchen sie endlich, brauchen sie jetzt.

Wir brauchen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Unter der Präsidentschaft des Bundeskanzlers sind in der Europäischen Gemeinschaft große Fortschritte erzielt worden. Bis 1992 soll und muß der europäische Binnenmarkt entstehen. Der Bundeskanzler hat das heute morgen in seiner Bedeutung mit der Einführung der DM vor 40 Jahren verglichen. Würdigen möchte ich auch den Beitrag des jetzigen Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, und nicht zuletzt den Beitrag unserer CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, deren Arbeit genauso wichtig ist wie die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Parallel zur Wirtschafts- und Währungsunion muß sich die europäische Sicherheitsunion entwickeln. Anknüpfungspunkt dafür ist die Westeuropäische Union, die WEU, deren Mitglieder sich über den NATO-Vertrag hinaus gegenseitige Hilfe — wie es dort heißt — „mit allen Mitteln“ versprochen haben. Ich habe die Hoffnung, daß Mitterrand und Kohl mit ihren Regierungen — die neue französische Regierung wird bald gebildet sein — in der Lage sein werden, Initiativen zu ergreifen, die Europa auch sicherheitspolitisch voranbringen.

Die Zeit war dafür seit dem Ausscheiden Frankreichs aus der integrierten Kommandostruktur der NATO im Jahre 1966 niemals so günstig wie jetzt. Die Franzosen haben parteiübergreifend begriffen, daß sie ihre Unabhängigkeit nicht mehr allein verteidigen können, daß ihr Schicksal mit unserem untrennbar verknüpft ist. Sie sind bereit, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Mit dem deutsch-französischen Verteidigungsrat wurde ein Organ geschaffen, in dem Frankreich und Deutschland sicher-

heitspolitische Initiativen für Europa erarbeiten können. Darin sehe ich den eigentlichen Zweck dieser Institution. Es kann nicht um ein exklusives, die anderen europäischen Partner ausschließendes Konzept von Deutschland und Frankreich gehen. Frankreich und Deutschland müssen die Entwicklung vorantreiben, sie müssen Motoren für die Einigung Europas auch im sicherheitspolitischen Bereich sein.

Sie werden fragen: warum jetzt? Nun, ich glaube, Europa braucht jetzt eine politische Identität, auch eine sicherheitspoliti-

„Die Überwindung der Teilung Deutschlands bleibt unser großes nationales Ziel.“

(Alfred Dregger
auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden)

sche. Die freien Europäer müssen aus der Rolle derer herauskommen, die bei Entscheidungen über ihre Sicherheit bestenfalls konsultiert werden, die aber nicht mitentscheiden können.

Unsere Perspektive ist: Bei künftigen Verhandlungen zwischen Ost und West z.B. über Abrüstungsfragen sollte mit Reagan und Gorbatschow bzw. ihren Nachfolgern auch ein Vertreter der europäischen Sicherheitsunion mit am Verhandlungstisch sitzen. Alles andere ist Europas unwürdig und gefährlich zugleich.

Und was wird aus Deutschland? **Die Überwindung der Teilung Deutschlands bleibt unser großes nationales Ziel.**

Unsere westlichen Verbündeten haben sich im Deutschland-Vertrag verpflichtet, uns bei der Erreichung dieses Ziels zu unterstützen. Sie haben ihre Pflichten bisher erfüllt; wir können ihnen keinen einzigen Verstoß ankreiden.

Zu entscheiden ist nicht über das Ziel, sondern über den Weg. Man kann nicht

zum selben Ziel gleichzeitig verschiedene Wege gehen, den europäischen Weg und den Weg des Neutralismus. Wer zwei Wege gleichzeitig gehen will, kommt nie ans Ziel. Wir müssen uns schon entscheiden!

Wir können nicht gleichzeitig militärischen Schutz im Bündnis, offene und gesicherte Märkte in Europa und Rücksichtnahme auf unsere nationalen Interessen von seiten unserer Verbündeten erwarten, wenn diese damit rechnen müssen, daß wir bereit sein könnten, das alles bei der nächsten Gelegenheit gegen ein neutralisiertes Gesamtdeutschland einzutauschen. Das geht nicht!

Wir müssen uns entscheiden.

Wir haben uns für den europäischen Weg entschieden, und zwar aus guten Gründen. Es ist der einzige Weg, der unsere freiheitliche Existenz hier in Westdeutschland nicht aufs Spiel setzt, und auch der einzige Weg, der eine Erfolgchance für Deutschland als Ganzes bietet. Selbst wenn wir von der Systemgrenze, die Deutschland und Europa teilt und die unseren Handlungsspielraum zusätzlich einengt, einmal absehen: Was wäre ein wiedervereinigtes Deutschland heute? Keine Großmacht mehr, sondern eine atomar unbewaffnete Mittelmacht.

Eine Mittelmacht aber kann sich in der Mitte Europas, wo sich alle Kraftlinien kreuzen, allein nicht behaupten. Schon für das Bismarck-Reich, eine Großmacht im europäischen Mächtesystem, war das schwer und nur so lange erfolgreich, wie ein Realist und dazu ein genialer Staatsmann an der Spitze stand. Für eine atomar unbewaffnete Mittelmacht in einem nicht mehr europäischen Mächtesystem, sondern in einem Weltmächtesystem, wo außereuropäische Mächte, die USA und die Sowjetunion, die Dominanz haben, wäre das unmöglich.

Das ist eine wichtige Frage. Ich sage: Wer sich auf Bismarck beruft, sollte nicht weniger realistisch denken, als Bismarck es immer getan hat und auch heute tun würde.

Politische friedenserhaltende Mitte zwischen den Weltmächten kann heute nicht mehr Deutschland allein, sondern nur ein vereinigtes Europa sein. Dieses vereinigte Europa wäre ein ernstzunehmender Gesprächspartner für Ost und West. Das europäische Stimmengewirr, das jetzt in den Kreml und nach Washington dringt, würde durch eine hörbare europäische Stimme abgelöst. Dieses vereinigte Europa könnte die Weltmächte von der Konfrontation im Herzen Deutschlands befreien. Die damit verbundenen Lasten könnten den Weltmächten abgenommen werden. Ein solches Europa könnte mit beiden Weltmächten intensiv zusammenarbeiten. Ein solches Europa läge auch im Interesse einer Sowjetunion, die auf Weltrevolution und Weltherrschaft verzichtet, die das Selbstbestimmungsrecht ihrer Nachbarvölker respektiert und ihre Politik auf Verständigung und gute Nachbarschaft gründen möchte. Ob die Sowjetunion einmal so sein wird, das ist die offene Frage. Nichts ist unmöglich. Eine andere Sowjetunion aber wird ihre Macht im Herzen Deutschlands weder zugunsten eines vereinigten Europas noch zugunsten eines wiedervereinigten Deutschlands aufgeben. Mit einer Sowjetunion, wie wir sie kennen, wäre ein nationaler Alleingang der Deutschen nicht nur aussichtslos, er wäre von tödlicher Gefahr für die Deutschen selbst und für ganz Europa.

Deshalb „Incertitudes Allemandes“ darf es nicht geben. Ziel und Weg müssen klar sein. Das Ziel ist die staatliche Einheit Deutschlands in einem vereinigten Europa der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts. Aus diesem

Ziel können sich deutsche Ungewißheiten nicht ergeben. Dieses Ziel ist in unserer Verfassung und im Deutschlandvertrag festgeschrieben.

Auf die Frage unserer Verbündeten nach dem Weg muß die Antwort ebenso klar sein: **Wir wollen dieses Ziel mit ihnen, nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie erreichen.**

An unserer Verlässlichkeit darf es keinen Zweifel geben.

Im übrigen, unser Weg des europäischen und atlantischen Verbundes ist so erfolgreich, daß es geradezu töricht wäre, ihn aufzugeben, selbst wenn der neutralistische Weg überhaupt eine Alternative sein könnte, was ich nicht glaube. Das derzeitige „Experiment Gorbatschow“ und die Veränderungen im Ostblock sprechen doch für unsere Politik. Sie zeigen doch, daß die Zukunft nicht dem Sozialismus, sondern der Freiheit gehören wird.

Die Grundelemente der Freiheit — das sind die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker — sind die stärksten Kräfte der Gegenwart. Niemand kann sich ihnen entziehen, auch Gorbatschow und Honecker nicht. Auch Honecker bewegt sich, weil er sich bewegen muß. Bevor er in Bonn erschien, mußte er den Zaun für die DDR-Bürger auch unterhalb des Rentenalters wesentlich durchlässiger machen. Am 27. Mai hat Herr Honecker mir bei einem Gespräch in Ost-Berlin gesagt, er bereite einen Verordnungsentwurf vor, der klarstelle, wann die Bürger einen Anspruch auf Besuchsreisen in den Westen hätten. Das wäre doch ein Fortschritt zu mehr Freizügigkeit und auch Rechtssicherheit. Ein zweites. Die DDR versucht, sich die preußische und die deutsche Geschichte zu eigen zu machen, sichtbar vor allem in Ost-Berlin. Sie tut es, weil sie Legitimität braucht, die es ohne Anknüpfung an die nationale Geschichte nicht gibt. Wir

haben keinen Anlaß, das zu bedauern oder das gar zu fürchten. Die DDR bleibt ein künstliches Gebilde, solange sie sich dem Votum ihrer Bürger nicht unterwirft und solange sie versucht, sich von Deutschland abzukapseln. Das geht nicht.

Wir haben die DDR als Staat anerkannt, aber nicht als einen von Deutschland getrennten Staat. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Wir koppeln uns nicht ab. Wir stehen für das Ganze ein. Unsere Identität ist keine bundesdeutsche, sie ist eine deutsche. Sie schließt die Deutschen in der DDR und in Ostdeutschland selbstverständlich ein. Wir sind nicht nur deutsche Kulturnation, wir sind deutsche Staatsnation geblieben, wie es das Staatsangehörigkeitsrecht zeigt.

Wer sich das alles vergegenwärtigt, wird mir zustimmen, wenn ich sage, zur Resignation besteht nicht der geringste Anlaß, auch nicht in der Deutschlandpolitik.

Unsere Perspektive, die demokratische, die freiheitliche, die auf ganz Deutschland und auf ganz Europa bezogene, ist offensichtlich die bessere, die zukunftsge-rechtere, auch die realistischere. Unsere Konzeption stützt sich auf die Sehnsucht der Menschen, frei zu sein, und auf die Sehnsucht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, aber auch auf die nicht geringere Sehnsucht aller vernunftbegabten Wesen, wie ich einmal sagen möchte, in guter Nachbarschaft in Frieden miteinander zu leben.

Das waren und sind die Zielpunkte der Union von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich sage: An diesen Zielpunkten wird sich nichts ändern. Wir, die Union, bleiben die Partei des Friedens, die Partei der Freiheit und die Partei der Einheit, der Einheit Deutschlands und Europas.

Ich danke Ihnen.

Rudolf Luster

Europa ist wieder im Aufwind

Meine lieben Freunde! Seit meinem letzten Bericht vor dem Bundesparteitag in Bonn sind erst sechs Monate vergangen, und doch hat sich in der Europastimmung Entscheidendes geändert. Europa ist wieder im Aufschwung! Unser Freund Santer hat es gesagt, ich darf mich seinen Worten anschließen und sie unterstreichen.

Was ist geschehen? Zu Jahresbeginn hat die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft übernommen. Schon sechs Wochen später hat Bundeskanzler Helmut Kohl in Brüssel den Europäischen Rat zu Beschlüssen von historischer Bedeutung geführt. Freilich, der Brüsseler Gipfel hatte seine Preise, so insbesondere die allmähliche Verdoppelung der Strukturfonds. Es trifft zu, daß wir Deutschen in diesen Strukturtopf relativ am meisten zahlen. Unsere Zahlungen sind aber keine Almosen; es sind die Kraftspritzen, die uns — wenn wir es rein wirtschaftlich sehen, uns am meisten — zahlungskräftige Käufer schaffen. Anders ausgedrückt, es ist unser Solidarbeitrag für ein entspanntes, soziales Klima in Westeuropa.

Der große Binnenmarkt, der Wirtschaftsraum ohne Grenzen, ist die Herausforderung, von dem jetzt die größte Faszination ausgeht. Er bedeutet für uns mehr Freiheit für Verbraucher und Erzeuger, Sicherung und Mehrung unseres Wohlstandes, Wegfall von bürokratischen Schikanen und frustrierenden Formalitäten und letztlich die überzeugendste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der wirtschaftliche Nutzen für die gesamte Gemeinschaft wird auf insge-

samt jährlich etwa 410 Milliarden DM oder mehr geschätzt. Dies wären rund fünf Prozent des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft von 1986. Die Verfasser des Cecchini-Berichts nehmen an, daß die Wirtschaft 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen kann, die auf fünf Millionen erhöht werden könnten, wenn der freie Binnenmarkt von einer aktiveren Wirtschaftspolitik begleitet wird. Das alles klingt fast zu schön, um wahr zu sein. Eine gewaltige Chance für unsere Gemeinschaft tut sich auf. Es wird von einem qualitativen Sprung und von der stillen Revolution gesprochen. Die deutsche Wirtschaft müssen wir ermuntern, sich mit Mut und Vorstellungskraft auf die neuen Chancen einzustellen.

Niemand soll allerdings verkennen, daß eine derart revolutionäre Umwälzung auch ihre Nebenwirkungen zeitigen wird, neben den erwünschten leider auch unerwünschte. Wir sollten uns in seriösen Szenarien auf das Neue vorbereiten, denn der Binnenmarkt soll und muß ein Erfolg werden, das sind wir unseren Bürgern in der EG schuldig.

„Die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union auszubauen“ ist eine vorrangige Forderung des Leitantes für diesen Parteitag. Es wird in diesem Zusammenhang gefordert, das Europäische Parlament müsse mehr Rechte, mehr Befugnisse haben. Lassen Sie mich dazu anmerken: Wenn es richtig ist zu sagen, jedes Parlament müsse sich seine Rechte selbst erstreiten, so kann das Europäische Parlament eine gute Bilanz des bisher gegen manchen Widerstand Errungenen vorweisen. Gemeinsam mit dem Rat ist inzwischen das Parlament die

Haushaltsbehörde der Gemeinschaft. Durch mündliches und schriftliches Frage-recht gegenüber Rat und Kommission übt das Parlament seine Kontrollrechte aus. Den Mitgliedern der Kommission kann es in diesem Zusammenhang das Mißtrauen aussprechen. Einen wichtigen Schub gab es durch die Einheitliche Europäische Akte. Hier wurde durch das Verfahren der Zusammenarbeit und durch das Mitwirkungsrecht des Präsidenten beim Abschluß von Beitritts- und Assoziierungsverträgen die Stellung des Parlaments in Teilbereichen der Gesetzgebung nicht unerheblich gestärkt. So schön, so gut.

Aber ein anderes müssen wir sagen: Der Europäischen Gemeinschaft kommt für viele in der Welt zu Recht Modellcharakter zu. Um so schwerer wiegt die zentrale Beanstandung, die Europäische Gemeinschaft sei eine Gemeinschaft in erster Linie der Regierungen, nicht der Völker, darüber dürfe das Feigenblatt Europäisches Parlament nicht hinwegtäuschen. Die Europäische Gemeinschaft werde nicht demokratisch, sondern im Zusammenspiel von EG-Kommission und Ministerrat bürokratisch gelenkt. — Was müssen wir antworten? Das Europäische Parlament wird seit 1971 direkt gewählt; es hat aber bis heute nicht echte Gesetzgebungsbefugnis. Die EG-Gesetze werden nach wie vor allein vom Ministerrat, in Wirklichkeit vielfach von den Ministerialbürokratien, also von den Beamten, gemacht, also hinter verschlossenen Türen. In allen der Gemeinschaft übertragenen und der nationalen Souveränität entzogenen Zuständigkeiten weitet sich ein parlamentsfreier Gesetzgebungsraum aus. Nein, die schon langfristige Hin-nahme des Demokratiedefizits ist nicht ein politisches Kavaliersdelikt, sondern eine Todsünde wider unsere staatliche Existenz.

Wir müssen auf parlamentarischer Mitentscheidung aus Gründen der Demokratie bestehen. Sie ist das Bollwerk unserer Freiheit. Sie ist zugleich das Erfolgsrezept freiheitlicher Staatsführung. Sie ist darüber hinaus der Hebel zur Erleichterung europäischer Einigungsbemühungen.

Die öffentliche parlamentarische Debatte würde zudem die Europapolitik den Bürgern nahebringen und ihr Interesse sowie ihr Verständnis wecken. Transparenz wäre eine wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft der Bürger, z. B. demnächst wählen zu gehen.

So bleibt nur übrig, das demokratische Gewissen der Verantwortlichen bei Parlament und Regierungen der zwölf Mitgliedstaaten wachzurütteln. Wer hier kneift oder mauert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er aus Bequemlichkeit oder Gleichgültigkeit in Sachen Demokratie faule Kompromisse schließt.

Vor dem Europäischen Parlament hat unser Bundespräsident dazu gesagt: „Wir müssen aufpassen, daß wir nicht auf die Dauer in der Gemeinschaft ganz andere Prinzipien demokratischer Gewaltenteilung schaffen, als wir sie in den Mitgliedsländern selbstverständlich befolgen.“ Der einschlägige Satz im Leitantrag heißt deshalb prägnant und zutreffend: Das Europäische Parlament muß gemeinsam mit dem bisher allein beschließenden Ministerrat bei der Gesetzgebung mitentscheiden.

Liebe Freunde, es geht nicht um das Prestigebedürfnis des Parlaments. In Wirklichkeit geht es doch um die Gemeinschaft als Ganzes. Die Gemeinschaft benötigt eine ihrer Aufgabe gemäße Entscheidungsstruktur und Entscheidungskapazität.

Ich habe eingangs dieses Berichts das historische Verdienst unseres Bundeskanzlers hervorgehoben, wie er die Partner des Europäischen Rates auf die Brüs-

seler Beschlüsse festlegen konnte. Das Außergewöhnliche seines Verhandlungserfolges hervorhebend — die Kombination von Beichtvater und Dompteur, wie gesagt wurde — heißt doch zugleich die Entscheidungsschwierigkeiten des Rates im Normalfall zu beklagen. Unsere Gemeinschaft nur auf den Glücksfall von persönlicher Entscheidungskraft hin organisiert sein lassen, kommt einem Hasardspiel gleich.

Liebe Freunde, die europäische Integration — das ist der große Markt, das ist Solidarität mit den Schwachen hier und in der Dritten Welt. Aber das ist vieles mehr. Es ist vor allem Friedenswerk. Fast ein halbes Jahrhundert geht von dieser Gemeinschaft in unserem einst so kriegsgeplagten Westeuropa und in einer leider unruhigen Zeit in anderen Teilen der Welt friedensstiftende Kraft aus.

Die Westeuropäer haben gelernt, die Gleichartigkeit ihrer Interessen in immer mehr Feldern ihres Zusammenlebens aufzuspüren. Bei gegenläufigen Interessen haben sie sich in einem obligatorischen Gesprächsgeflecht wirksame friedliche Methoden des Ausgleichs geschaffen.

In solche Gesprächskontakte die Staaten Ost- und Mitteleuropas einzuführen, geduldig, aber stetig, in Wachsamkeit, aber auch in Offenheit, könnte nützlich sein. Die beispielhaften Erfolge der Europäischen Gemeinschaft machen auch jenen solche Kontakte interessant. So könnten wir Schritt für Schritt den machtpolitischen und den ideologischen Gegensatz zu überwinden suchen, der unseren Kontinent spaltet.

Hier liegt der Lösungsansatz auch für die deutsche Wiedervereinigung. Es gibt vorsichtige Zeichen der Hoffnung. Mit Genugtuung merken wir an, daß in wenigen Tagen die diplomatische Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft durch die Staaten des COMECON bevor-

steht. Sie haben den Widerstand gegen die Einbindung meiner Vaterstadt Berlin endlich aufgegeben. Gerade dieser Tage hat Gorbatschows Berater Daschtschew die Berliner Mauer ein „Relikt des Kalten Krieges“ genannt. Er fügte an: „Diese Mauer belastet das Dasein und die Psychologie des Menschen.“

Zeichen der Hoffnung? Mancherorts, liebe Freunde, nimmt der Irrglaube zu, die Wiedervereinigung sei erreichbar auf Kosten unserer Nachbarn oder gerade durch Verzicht auf unsere Westbindung. Nein, nicht anders als Konrad Adenauer sagen wir: Selbstbestimmung und Wiedervereinigung in Freiheit werden wir nur erreichen im Rahmen einer gesamten europäischen Friedensordnung und in enger Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Also: Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung schließen einander nicht aus. Sie bedingen einander. Ganz bewußt hat das Grundgesetz beide Postulate in seiner Präambel als Staatsziele nebeneinander gestellt.

Lassen Sie mich, liebe Freunde, auch ein Wort sagen zum Thema Bund und Länder in der Europäischen Gemeinschaft. Es kommt auf die bestmögliche Organisation des Zusammenwirkens aller Ebenen — Gemeinde, Land, Bund und Europäische Gemeinschaft — an. Ordnungsprinzip muß die Subsidiarität sein. Wir wollen keinen großen europäischen Wasserkopf. Die Proportionen müssen stimmen, und die Kompetenz und die Mittel müssen dort zur Verfügung stehen, wo die Arbeit am besten getan werden kann.

Föderalismus und Regionalismus sind gleichzeitig auch der Garant für Erhaltung des Reichtums unserer europäischen Kultur. Die kulturelle Zusammengehörigkeit in der Vielfalt der Überlieferung der Völker — so wird gesagt — stellt die Identität Europas dar. Das war es viel-

leicht, wie Jean Monnet meinte, als er im Rückblick auf die ersten Jahrzehnte der Gemeinschaft fast wehmütig sagte: „Wenn ich es noch einmal beginnen könnte, dann begänne ich mit der Kultur.“

Liebe Freunde, die Schaffung eines vereinigten Europa wird das größte politische Ereignis dieses Jahrhunderts, wurde gesagt. Dieser große Erfolg wird uns nicht in den Schoß fallen. Manche — auch in unserer Partei — sagen: Wir haben genug anderes zu tun, für Europa haben wir doch euch, unsere Europaabgeordneten. Das hört sich recht schmeichelhaft an. Niemand sollte jedoch seine politischen Einflußmöglichkeiten selbst beschneiden.

Also: Seit dem Brüsseler Gipfel ist Europa wieder im Aufwind. Unser Bundesvorsitzender hat diesen Aufschwung entscheidend herbeigeführt. Helmut Kohl geht auf dem Weg in den Bundesstaat Europäische Union in der Gemeinschaft und in der CDU mit anhaltend gutem Beispiel voran. Aber er allein kann diese einmalige geschichtliche Aufgabe der europäischen Einigung nicht schaffen. Er braucht uns. Europa braucht uns. Europa braucht nicht Mitläufer, sondern Bekenner.

Ganzer Einsatz ist gefordert. Die Europawahlen 1989 werden unsere große Kraftprobe sein. Wir müssen, wir wollen und wir werden sie erfolgreich bestehen.

Pressestimmen zum 36. Bundesparteitag in Wiesbaden

„Helmut Kohl beherrscht die Kunst der Einstimmung ... Der Parteitag erlebte einen kämpferischen und entschlossenen Bundeskanzler und Vorsitzenden, der sich durch Querschüsse nicht aus der Bahn werfen lassen will.“

Neue Osnabrücker Zeitung vom 14. Juni 1988

„Freihändig und ohne Manuskript hatte Kohl in einer halben Stunde demonstriert, wie man das Parteivolk begeistern kann ... Das ist der Grund, weshalb Kohl nicht zu ersetzen ist. Diese Fähigkeit, Niederlagen zu überwinden, sich selbst am Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen, besitzt keiner in dem Maße wie Kohl. Das macht ihm keiner nach.“

Kölnische Rundschau vom 15. Juni 1988

„Kämpferischer Kohl ... Der Taktiker Kohl könnte am Montagabend wieder einmal eine für ihn wichtige Schlacht zu seinen Gunsten entschieden haben.“

Stuttgarter Zeitung vom 14. Juni 1988

„Die gestrige Diskussion auf dem Parteitag war niveauvoll und von großem Ernst geprägt ... Eine vergleichbare Debatte sind die anderen Parteien bisher schuldig geblieben ...“

General-Anzeiger, Bonn vom 15. Juni 1988

„Geißlers wohltuende Seelenmassage.“

Stuttgarter Nachrichten vom 15. Juni 1988

„Für die CDU ist Heiner Geißler unentbehrlich.“

General-Anzeiger, Bonn vom 15. Juni 1988

„Der Auftakt des Wiesbadener CDU-Parteitags war gezeichnet von der Niedergeschlagenheit einer Partei, deren Gemütsverfassung an die SPD des Jahres 1982 erinnerte. Durch Kohl ging ein Ruck durch die Reihen.“

Frankfurter Neue Presse vom 14. Juni 1988

„Heiner Geißler schärft das sozialpolitische Profil der CDU als Volkspartei der Mitte.“

Handelsblatt vom 15. Juni 1988

Franz Josef Strauß

Jetzt werden die Weichen für die kommenden Wahlen gestellt

Der Vorsitzende der Christlich Sozialen Union, der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, richtete am Nachmittag des ersten Tages ein vielbeachtetes Grußwort an die Delegierten des 36. Bundesparteitages der CDU, in dem er u. a. feststellte:

Sie begehen Ihren Parteitag in einer bemerkenswerten politischen Situation. Im Jahre 1988 werden die Weichen für eine Reihe von Landtagswahlen und für die Bundestagswahlen im Jahre 1990 gestellt. Wir haben vorher schon die Kommunalwahlen. Deshalb ist für uns gemeinsam eine Analyse der Situation — das ist hier nicht meine Aufgabe — und die Entwicklung eines Programms für die Zukunft mit dem Blick auf das Jahr 2000 von besonderer Bedeutung.

Lassen Sie mich aus den vielen Problemen, über die man bei einem solchen Parteitag sicherlich redet, über die der Grußredner aber nur teilweise reden kann, einzelne Schwerpunkte auswählen und dazu einige Bemerkungen machen.

Der Parteitag steht unter besonderer Aufmerksamkeit, weil viele Wähler genau beobachten werden, ob er eine Vorentscheidung oder eine Entscheidung trifft, an Hand deren man erkennen kann, ob die Unionsparteien zu ihren fundamentalen Werten stehen. Das heißt, wir müssen nicht nur aus wahlpolitischer Opportunität, sondern auch auf Grund unserer Wertvorstellungen ein ganz klares Bekenntnis zum Schutz des ungeborenen Lebens ablegen.

Auch hier muß man unterscheiden zwischen dem, was gefällig ist, was

ankommt, und dem, worauf es ankommt. Ich glaube, wir müssen hier den Blick für das Mögliche verbinden mit der zähen Energie, das Notwendige durchzusetzen.

Ich meine also bei der Beratung und bei der Indikation die Trennung des Raumes. Wir dürfen denjenigen unserer Wähler, die auf uns setzen, daß das, was christliche Fundamentallehre ist, für uns auch Aufgabe und Verpflichtung im politischen Raum ist, keine Enttäuschung — aus weiß Gott welchem Grunde auch immer — zumuten.

Wir sind das auch uns selber und unserem Gewissen gegenüber schuldig. Wir sind das natürlich auch denen schuldig, die uns über Jahrzehnte hinweg als Wähler die Treue gehalten haben.

Es gibt viele Wählerkreise, die in der Vergangenheit auf uns gesetzt haben, und die, wie wir hoffen, auch heute noch auf uns setzen. Dazu gehört zum Beispiel auch der weite Bereich des Mittelstandes. Wir dürfen den Mittelstand nicht merkantilistischen Erwägungen opfern. Dazu gehört auch eine mittelstandsgerechte Steuerpolitik, für die diese Regierung einiges geleistet hat, für die aber noch mehr zu tun ist.

Dazu gehören auch die möglichen und mit moderner Wirtschaftsverfassung zu vereinbarenden Maßnahmen gegen die Aussaugung des Mittelstandes durch die Nachfrage im Handelsbereich unter den sich daraus ergebenden Wettbewerbsverzerrungen.

Wir müssen da, wo Vertrauen verlorengegangen ist, dieses Vertrauen wiederherstellen. Das ist im Bereich der Landwirtschaft der Fall. Hier haben wir es sicher-

lich besonders schwer. Denn die heutige Regierung hat eine Vorgeschichte übernommen, in der lange Jahre entweder die Weichen falsch gestellt worden oder schwerwiegende Versäumnisse zu verzeichnen waren. Die Überproduktion zeichnete sich ja schon seit Mitte der 70er Jahre ab. Sie hat ihre Schatten schon Jahre vorher geworfen. Es blieb dieser Regierung vorbehalten, den Schutt aufzuräumen zu müssen.

Die Bauern waren über Jahrzehnte hinweg unsere treuesten Wähler; sie sind es zum Teil auch heute noch. Auch hier geht es nicht nur um wahlopportunistische Erwägungen. Ich betrachte den Bauernstand als ein Wesenselement einer freien und modernen Gesellschaft.

Der Bauernstand muß auch in Zukunft — auch wenn nicht alle Strukturen gepflegt und erhalten werden können — ein unentbehrliches Element unserer Gesellschaft sein.

Es geht nicht nur darum, daß wir sagen, der Bauer hat die Aufgabe, die Lebensmittel zu beschaffen, und dann, wenn wir sie anderswo besser und billiger beziehen können, entsprechende Konsequenzen ziehen.

Wir in der CSU — und dasselbe setze ich von der CDU voraus — sind entschlossen, einen gesunden, lebensfähigen Bauernstand zu erhalten und ihn über die Turbulenzen dieser Jahre hinwegzubringen.

Ich nenne einen weiteren Wählerbereich, der auch nicht nur mit wahlopportunistischen oder wahltaktischen Überlegungen in Verbindung zu bringen ist. Ich meine die große Zahl derer, die in uns eine liberale und konservative Partei sehen, die in uns auch eine nationale Partei sehen.

Dazu gehört die überwältigende Mehrheit der Vertriebenen. Auch dieser Wählerbereich darf durch uns nicht enttäuscht werden.

Darum brauchen wir die Klarheit der

Projektion bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus. Wir brauchen aber auch die Klarheit und Unzweideutigkeit der Aussage.

Lassen Sie mich deshalb zwei Bereiche herausgreifen. Wir leben in einem Zeitalter, in dem wir freudig — wie lange, weiß kein Mensch, aber wir hoffen, für sehr lange, ja für immer — einen allgemeinen Zug in Richtung Abrüstung, in Richtung Abbau der militärischen Spannungen, Abbau des Kriegsrisikos, Abbau der Hochrüstung erwarten können.

Wir begrüßen diese Entwicklung. Aber wir müssen uns über eines im klaren sein. Meine vielfältigen Gespräche und auch dementsprechenden Informationen führen zu der Schlußfolgerung, zu der Erkenntnis, daß mit dem Abbau der Glaubwürdigkeit der sowjetischen Gefahr auch ein Abbau der moralischen Verteidigungsbereitschaft verbunden ist. Hier gilt es den Anschluß an das Notwendige zu finden.

In dem Augenblick, in dem die sowjetische Kriegsgefahr, die sowjetische Drohung zu verblissen begann — das war beim Übergang von Breschnew zu Gorbatschow —, tauchte bei uns die Frage auf: Brauchen wir eigentlich überhaupt noch eine starke Verteidigung? Denn das ursprüngliche Motiv — wir müssen uns der Gefahr durch die Sowjetunion gemeinsam erwehren — gilt in der alten unverminderten Stärke nicht mehr. Ich habe zu Herrn Gorbatschow gesagt: Ich müßte Ihnen ein großes Wort des Glückwunsches aussprechen; Sie sind der größte Public-Relations-Meister, den ich jemals aus der Sowjetunion kennengelernt habe. Sie haben einen tiefen Einbruch in die Psychologie des Westens, in den USA, in Europa, herbeigeführt.

Ich möchte hier auch nicht den Versuch machen, das Bild Gorbatschows zum Gegenteil von dem zu verwandeln, das ich selbst von ihm gewonnen habe. Nur

ist hier natürlich eine Reihe von Fragen notwendig, die ich aber hier nicht beantworten will: Was will er denn wirklich? Will er das, was wir hoffen? Kann er das durchsetzen, was wir erhoffen? Wie lange bleibt er? Schafft er Tatsachen, die nicht mehr zurückgedreht werden können? Wer wird sein Nachfolger? Welche Politik macht sein Nachfolger? Das sind alles legitime Fragen, die gerade bei der — so darf ich sagen — Zähigkeit der sowjetischen Strategie mit Recht gestellt werden dürfen.

Was ist der Sinn dieser Worte? Der Sinn dieser Worte: Wir müssen endlich einmal von der Verteufelung des Militärischen als Ausdruck einer verhängnisvollen und verfehlten, um nicht zu sagen: kriminalisierten deutschen Geschichte loskommen. Wenn es keine sowjetische Gefahr mehr gibt — und die gibt es noch lange; so einfach sind die Dinge nicht —, dann braucht unser Staat genauso wie jeder andere Staat ein Instrument der Selbstverteidigung.

Wir müssen hier zum normalen, natürlichen Denken zurückfinden. Sehen Sie die französischen Kommunisten, die bis zu einem gewissen Grade sicherlich immer Parteigänger Moskaus gewesen sind, aber auf französisch: Aus ihrem Munde hört man kein böses Wort gegen die französischen Streitkräfte, gegen die französische Armee, gegen die französische Luftwaffe. Dasselbe in Italien, dasselbe in allen anderen Ländern. Deshalb müssen wir uns wieder zu einer Normalität der Bewertung des Militärischen als einem Bestandteil unserer Staatsraison durchringen.

Die Bereitschaft zur Verteidigung, materiell und moralisch, darf nicht von den Public-Relations-Ergebnissen der Beurteilung der jeweiligen Nummer 1 im Kreml abhängen.

Ich nenne einen zweiten Gesichtspunkt. Ich habe in den letzten Monaten, Wochen und Tagen allerlei kluge Äuße-

rungen über die Energieversorgung gehört. Wir in Bayern sind wie alle anderen Länder von diesem Problem natürlich betroffen, und mit Recht betroffen. Wir müssen uns zu einer einheitlichen Sprachregelung durchringen, ich möchte nicht einmal sagen: zu einer einheitlichen Konzeption, denn die haben wir ja. Aber es entsteht draußen oft ein sehr, sehr verwirrendes Bild.

Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, daß wir uns nicht mit Erklärungen, daß in den nächsten Jahren der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen sein werde, des Volksbetrugs schuldig machen sollten:

Die heutige Bundesregierung hat dieses Energieversorgungsprogramm und die damit verbundene Entsorgungskonzeption übernommen und bis zur Stunde beibehalten. Die Leute fragen uns natürlich: Warum die Milliarden Investitionen, warum die bürgerkriegsähnlichen und chaotischen Szenen, die sich in der Oberpfalz in zum Teil sehr blutigen Auseinandersetzungen abgespielt haben, für eine Energie, die in wenigen Jahren zu Ende geht? Warum denn? Ist das nur Spleen der Politiker? Ist das nur Größenwahn? Ist das nur Starrsinn? Ist das Unvernunft? Darum brauchen wir volle Sachkunde und eine realistische Aussage.

Wir erwarten, daß hier mit einer Zunge gesprochen wird. Denn Sie können überzeugt sein, daß wir bei den beiden Themen, die ich jetzt erwähnt habe, bei den nächsten Bundestagswahlen, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, vorgeführt werden. Man wird uns fragen: Warum wollt ihr denn noch Atomwaffen behalten? Weil wir wissen: Ohne diese ist eine Sicherheit Europas nicht möglich. Wir wollen so wenig wie möglich — trotz des freundlichen Bildes der sowjetischen Politik und der Umwandlung des, wie die Chinesen sagen, Polarbären zu einer mehr oder minder friedlichen europäi-

schon Hauskatze und der Umwandlung der ganzen Verhältnisse. Gerade wir Deutsche sollten mit gutem Beispiel vorgehen. Ich sage aber gleichzeitig, daß wir auch wegen der politisch-psychologischen Lage in Europa und bei uns ein Konzept einer ausgewogenen Abrüstung — das Wort hängt mir schon bald zum Halse heraus — erarbeiten und vertreten müssen, bei dem nicht nur die Russen etwas abzugeben haben, sondern auch wir selber.

Ich bin der letzte, der in der Abrüstung einen Wert in sich selber sieht. Aber wir müssen die Sowjets mit ihrer Abrüstungsbereitschaft vorführen. Wir dürfen ihnen nicht die Möglichkeit geben, zu sagen: Wir sollen massiv abrüsten, und der Westen ist zu nichts bereit. Ich habe es jetzt etwas vereinfacht ausgedrückt. In diesem Konzept muß aber auch noch die nukleare Komponente eine wesentliche Rolle spielen.

Genauso ist es auch bei der Kernenergie. Wir werden bei den nächsten Wahlen vorgeführt werden. Man wird fragen: Wie haltet ihr es denn bei der Kernenergie? Wir dürfen selber diese abergläubische Angst vor der Kernenergie nicht noch durch doppeldeutige Aussagen vermehren.

Wir haben dann immer noch gewonnen, wenn wir unpopuläre Wahrheiten ausgesprochen haben, statt uns nach dem Zeitgeist zu richten. Hier muß eine gewisse Einheit der Aussage hinter der Konzeption und vor der Konzeption stehen.

Nun hat es für uns nicht allein Sinn, daß wir uns auf unsere richtigen Erkenntnisse, Leistungen und Tugenden der letzten 40 Jahre berufen. Wir sollen bloß den Boden nicht verlassen und die Fundamente nicht aufgeben, auf denen Konrad Adenauer und seine Mitarbeiter diesen Staat gebaut haben. Wir sollen die Grundsätze beibehalten. Es gibt da keinen Wertewandel, es gibt nur einen Wandel des Wertebewußtseins. Die Werte

sind metaphysisch, die Werte sind vorgezeichnet; die Frage ist nur, wie man zu diesen Werten steht. Das ist zum Teil auch eine Frage des Zeitgeistes.

Man muß auch zwischen Weltanschauung und Weltbild unterscheiden. Unsere Weltanschauung, die im christlichen Glauben fundiert ist, bleibt unwandelbar. Das Weltbild, das wir haben, müssen wir den Veränderungen anpassen, die sich unaufhaltsam — zum Teil auch mit unserer Mitwirkung — vollziehen. Deshalb stimme ich dem Satz des großen Münchener Historikers Franz Schnabel zu, der sagte: Jedes Zeitalter trägt den Keim seiner Überwindung in sich selber.

Wir stehen heute bereits in grundlegenden Veränderungen, die von der dritten industriellen Revolution geprägt sind, und wir müssen uns über die Konsequenz im klaren sein, daß es heute für drei technische Bereiche keine Grenzen mehr gibt, für die Nachrichtentechnik, für die Verkehrstechnik und für die Zerstörungstechnik. Für diese drei Bereiche gibt es keine Grenzen mehr. Wenn man damit die Verhältnisse vor 50 Jahren oder vor 100 Jahren vergleicht, wenn man den Wandel sieht, der sich bis heute vollzogen hat, kommt man zu der Schlußfolgerung, daß sich alle 100 Jahre das naturwissenschaftlich-technische Wissen der Menschheit mindestens verdoppelt. Es hat sich von 1900 bis heute verdoppelt, und es wird sich in den nächsten 100 Jahren, von heute bis zum Jahr 2090, noch einmal verdoppeln.

Was sind die Konsequenzen? In Wirtschaft, Technik und Industrie vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel. Nach den Automaten erobern nun die Computer die Märkte und leiten ein neues Kapitel der technisch-industriellen Entwicklung ein. Selbst einer, der vor 40 Jahren Mathematik studiert hat, der heute als Vater seinem Sprößling in der sechsten Klasse des Gymnasiums Hilfe auf dem

Weg zum Abitur geben will, steht verzweifelt vor diesen Büchern, in denen ihm völlig neue Zeichen und völlig neue Begriffe begegnen. Die Mikrochips entwickeln und vervollkommen nicht einfach alte technische Konzepte; sie eröffnen zusammen mit den umwälzenden Neuerungen in der medizinisch-biologischen Forschung und in der Informationstechnik eine neue Zeit.

Das Beschäftigungssystem wird sich grundlegend verändern. Dies wird sich tiefgreifend auf die Gesellschaft und auf das Bildungswesen auswirken, und zwar nicht in Richtung auf Vermittlung von immer mehr Wissen, das ohnehin rasch veraltet, sondern in unseren Schulen wieder hin zur Vorherrschaft der formalen Bildung, d. h. zur dringend notwendigen stärkeren Schulung der Geschmeidigkeit des Denkens.

Wenn sich das Wissen alle paar Jahre verändert, hat es keinen Sinn, möglichst viel Wissen in sich aufzunehmen — das gesamte aufzunehmen ist ohnehin gar nicht möglich —, sondern Sinn hat es nur noch, bei unseren jungen Leuten, und zwar bei denen, die sich dafür eignen — Gott hat ja die Menschen verschieden geschaffen —, die Geschmeidigkeit des Denkens zur jeweiligen Umstellung auf die sich immer wieder neu ergebenden Resultate der Naturwissenschaft und der Technik zu schulen. Wer sich einmal auf einen Standpunkt eingestellt hat, der hat in zehn Jahren nichts mehr verloren, und deshalb darf unser Bildungssystem kein gleichmacherisches System des Ergebnisses sein; es muß ein System sein, das die Talente entdeckt, sie pflegt und sie entfaltet und damit denen, die höhere Fähigkeiten haben, die Gelegenheit gibt, sich so zu entwickeln, daß der Rest der Menschheit an dem Fortschritt, den sie bringen, auch beteiligt werden kann. Das ist gegen jede gleichmacherische oder nivellierende Philosophie!

Die neuen technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Möglichkeiten schaffen uns aber auch schwierige ethische und juristische Probleme. Diesen neuen Anforderungen gilt es sich zu stellen, wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht in 20 Jahren hoffnungslos hinter der technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung herhinken soll.

Was sind die äußeren Anzeichen? Heute verändern sich politische Zustände nicht mehr mit dem Donnerschlag von Kriegen. Dabei bin ich kein Visionär und kein Träumer. Kriege im Mittleren Osten, in Afrika, im Fernen Osten und in Lateinamerika — wenn auch nicht Kriege im Maßstab des Ersten und des Zweiten Weltkrieges — werden auch noch weiterhin den Horizont begleiten. Vor lauter Begeisterung für den ewigen Frieden, der ja mehr oder minder von der Technik her erzwungen worden ist, darf man diese Realitäten nicht vergessen. Aber es vollziehen sich Änderungen mit der Langsamkeit geologischer Vorgänge. Sie vollziehen sich im kommunistischen Machtbereich, und sie vollziehen sich — unter erfreulicheren Umständen — im demokratischen Bereich der Welt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich die weltwirtschaftlichen Schwergewichte aus dem atlantischen in den asiatisch-pazifischen Raum hinein verlagern. Das sind keine jähren Donnerschläge nach dem Motto „Heute an der Spitze, morgen am Ende“, sondern Verschiebungen mit der Langsamkeit geologischer Vorgänge. Der pazifische Raum ist im Aufstieg.

Neulich habe ich mich mit dem Ministerpräsidenten Gandhi unterhalten, der ja für mehrere Tage Gast der Bundesregierung war. Dieses Indien mit seinen 800 Millionen Menschen, von denen ein Viertel schon etwa unsere Lebensverhältnisse hat, während ein weiteres Viertel noch in

entsetzlicher Armut und vielleicht auch in Hunger lebt, dieses Indien mit seinen 800 Millionen Menschen ist mit Sicherheit im Aufstieg und wird eine der Weltmächte sein. Für Japan gilt das schon weitgehend, dazu kommen Indonesien und die Philippinen, und dann kommen die vier „kleinen Tiger“: Korea, Hongkong, Singapur, Taiwan.

Was sind die Folgen dieser Veränderungen, die sich in der Welt vollziehen? Die EG muß — das sage ich, obwohl ich vor Überreibungen und Fehlentwicklungen warne — den Weg zum größten Binnenmarkt der Welt konsequent weitergehen. Sie muß ihn mit den Maßstäben der Vernunft weitergehen.

Wenn wir als Deutsche in dieser sich wandelnden Welt, in der die Amerikaner die Weltmacht Nummer 1 bleiben werden, aber in der Bedeutung absinken, weil in Asien die eben geschilderte Entwicklung im pazifisch-ostasiatischen Raum stattfindet, uns behaupten wollen, dann haben wir nur über Europa die Chance, diese unsere Selbstbehauptung verwirklichen und gewährleisten zu können.

Wenn die Sowjetunion nicht vom Zeitalter von Kohle, Eisen und Stahl den Durchbruch in das Zeitalter der Computer und Chips schafft, wird sie am Ende dieses Jahrtausends eine Großmacht zweiten Ranges sein. Das sind die eigentlichen Grundlagen, die eigentlichen Gründe und die eigentlichen Motive für die sowjetische Reformpolitik.

Die Umstellung der sowjetischen Wirtschaft muß in mehrerlei Hinsicht bewältigt werden, einmal muß die Trennung zwischen Rüstungstechnik und Ziviltechnik aufgegeben werden. Die beiden Bereiche arbeiten bei uns nahtlos zusammen. Alles andere wäre Unsinn. Ich habe Herrn Gorbatschow auf seine Frage, warum sich der deutsch-sowjetische Handel nicht besser entwickle, geantwortet:

„Schauen Sie sich doch die Struktur Ihrer Exporte an: 85 % sind Erdöl und Erdölprodukte, 15 % bleiben noch, davon sind die Hälfte wieder Rohstoffe und die andere Hälfte Fertigprodukte.“ Er war nicht beleidigt, als ich sagte: „Wer kauft denn bei uns einen Lada? Ein paar Schwärmer. Wer kauft denn bei uns ein sowjetisches Fernsehgerät, eine sowjetische Videokassette? Wenn Sie sagen, der europäische Markt sei so anspruchsvoll: Das ist er auch. Der deutsche Markt ist anspruchsvoll. Ein Handelsvertrag nützt gar nichts, wenn man Waren kaufen und verkaufen will, die auf unseren Märkten keine Absatzchancen haben, weil sie in der Vielfalt, im Design und in der Ästhetik nicht den Forderungen unserer Kunden entsprechen. Daß es möglich ist, sich auf den europäischen Markt einzustellen, haben uns die Japaner sattsam bewiesen, indem sie es in fantastisch kurzer Zeit nach der totalen Niederlage verstanden haben, den europäischen Markt für sich aufzubrechen.“ Ich habe die Stichworte genannt: Motorrad, Optik, Foto, Elektronik, Automobile usw. „Dieses aber werden Sie nie schaffen. Sie werden nie ein echter Wettbewerber auf zivilem Gebiet werden. Es ist für uns schwer verständlich, daß Sie Spitzenleistungen in der militärischen Technik vollbringen und in der Ziviltechnik, in der zivilen Wirtschaft den niedrigsten Lebensstandard aller Industriestaaten haben.“ Ich habe sogar gesagt: „Die Sowjetunion ist in meinen Augen ein Entwicklungsland, wenn man die Rote Armee abzieht.“ Sowjetunion minus Rote Armee ist ein Entwicklungsland.

Das sind die Probleme, vor denen Herr Gorbatschow steht. Er hat Millionen von Gegnern, nämlich die Millionen derer, die mit mehr oder minder, eher minder großer Effektivität ihre Pfründen und Privilegien verteidigen wollen. Das ist sein eigentliches Problem. Als ich vom Krieg sprach, sagte er mir: „Ich brauche keine

Feinde, ich habe sowieso schon genug.“ Bei dieser Gelegenheit ist mir klargeworden, warum er das Washingtoner Abkommen wollte, denn Fortschritte in der Innenpolitik, mehr Freiheit, bessere Versorgung mit besseren Konsumgütern, das schafft man nicht über Nacht, auch nicht durch Bekenntnisse oder durch Änderung der Regularien.

Ich könnte noch viel dazu beitragen, will Ihre Zeit jedoch nicht damit beanspruchen. Ich möchte nur mit diesen persönlichen Erinnerungen und mich sehr interessierenden Erlebnissen klarmachen, daß wir im Zusammenhang mit den anderen Problemen, die ich aufgezeigt habe, am Beginn einer Umwandlung stehen, an deren Ende die Welt anders aussehen wird, als sie heute aussieht. Eines muß aber klar sein, die folgenden Jahre werden entscheiden — schon das Jahr 1988 —, ob wir in der Bundesrepublik Deutschland die führende Kraft bleiben werden. Da gibt es einiges aufzuarbeiten. Die folgenden Jahre werden auch darüber entscheiden, ob die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz behaupten kann. Sie wird ihn bestimmt nicht durch Rückkehr zu einer sozialistischen oder durch die Liberalen etwas gemilderten Linkskoalition behaupten.

Wenn wir dieses Deutschland auf den bewährten Grundlagen unserer alten politischen Überzeugungen in das nächste Jahrhundert, in das nächste Jahrtausend führen wollen, müssen wir auf den Fundamenten stehenbleiben und den Blick in die Zukunft richten. Wir müssen den modernen Entwicklungen Raum und Lauf geben. Ich bin fest überzeugt, daß in einer arithmetisch nicht genau zu quantifizierenden Zeit die Welt nicht nur anders aussehen wird, sondern daß das Hauptproblem des Ost-West-Gegensatzes allmählich verblassen und verdämmern wird.

Die Sowjetunion kann uns vernichten, die Amerikaner können die Sowjetunion vernichten: Das ist keine Strategie mehr, das hat keinen Sinn mehr. Die Zukunft wird vom wissenschaftlich-technischen und vom wirtschaftlichen Potential bestimmt werden. Sie wird nicht zuletzt auch von den alten Tugenden bestimmt werden, die in jeder wissenschaftlich-technischen Ära gelten, nämlich Fleiß, Leistungsfähigkeit und Willen zur Bewährung.

Wir müssen unserer Jugend auch sagen: Wer ihr vormacht, daß sie eine schlechte Gegenwart und eine trostlose Zukunft hat, ist ein Verbrecher an der Zukunft unseres Volkes.

Ich klopfe mir nicht aus Mitleid auf die eigene Schulter. Was die Generation unserer Väter, Großväter und auch wir erlebt haben, soll endgültig der Vergangenheit angehören. Aber die Leistungen, die erbracht worden sind, der Geist, aus dem sie erbracht worden sind, jetzt einmal politisch-moralisch richtig gewertet, der ist auch Vorbild für die Zukunft. Wir haben uns sicherlich unserer Vergangenheit zum Teil zu schämen, aber nicht im Sinne einer Kollektivschuld oder einer Kollektivscham, höchstens im Sinne historischer Lehren, die wir aus schwerwiegenden Fehlern der deutschen Geschichte gezogen haben. Wir, CDU/CSU, haben sie in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege gezogen, in den großartigen Jahren des Aufbaus, den 50er und den 60er Jahren. Wir haben nicht den geringsten Grund, in Kleinmut und Kleingläubigkeit zu verfallen. Wir müssen wieder an den zeitlosen Wert unserer Grundsätze glauben, müssen sie im Lichte neuer Erkenntnisse sehen und bewahren, dann werden CDU und CSU auch wieder den Aufschwung nehmen, der trotz gewisser Rückschläge in den letzten Jahren möglich und erzielbar ist.

Warum das Parteiengesetz novelliert werden muß

Das Parteiengesetz soll novelliert werden, und sogleich wird in der Presse unter der Überschrift „Die Parteien greifen in die Staatskasse“ oder „Geheimabsprache der Schatzmeister“ darüber mehr polemisiert als sachlich berichtet. Warum muß das Parteiengesetz novelliert werden?

Im Sommer 1986 hatte das Bundesverfassungsgericht auf Grund einer Klage der GRÜNEN über die Verfassungsmäßigkeit des Parteiengesetzes zu befinden. Das Urteil machte dem Gesetzgeber die Auflage, bestimmte Vorschriften noch einmal neu zu fassen. So wurde vom Bundesverfassungsgericht beispielsweise die 5-Prozent/2-Pro-Mille-Regelung, die bisher die Höchstgrenze für die Abzugsfähigkeit von Spenden an Parteien markierte, für verfassungswidrig erklärt. Der Gesetzgeber war also gefordert.

Der Bundestagspräsident hat auf Grund seiner gesetzlichen Verpflichtung einen Bericht über die finanzielle Lage der Parteien vorgelegt und dabei auf einige Fakten hingewiesen, die den Experten schon vor einiger Zeit aufgefallen waren: So wirkte der auf Grund eines Vorschlags der vom Bundespräsidenten eingesetzten Sachverständigenkommission ins Gesetz integrierte Chancenausgleich dergestalt, daß Parteien mit vielen Mitgliedern, die erhebliche Anstrengungen zu Finanzierung ihrer Arbeit über Beiträge unternahmen, durch den Chancenausgleich „bestraft“ wurden. Prononciert kann man sagen: Je geringer die Eigenanstrengungen einer Partei, über Mitgliedsbeiträge und eine möglichst große Mitgliederzahl zu möglichst hohen Einnahmen zu kommen, desto geringer war ihre Chance, den Chancenausgleich zu erhalten. Dies liegt am Berechnungsmodus. Die Auflage des Bundesverfassungsgerichts und die berechtigte Kritik des Bundestags-

präsidenten am Parteiengesetz haben zu Überlegungen zwischen den Schatzmeistern und ihren Beauftragten geführt, die nun in den Gesetzgebungsprozeß eingeflossen sind. Die Novelle wird im wesentlichen folgende Elemente haben:

1. Beim Chancenausgleich soll zukünftig die Mitgliederzahl der Parteien berücksichtigt werden. Dies wird über einen „Bedeutungsfaktor“ erreicht und nicht ausschließlich — wie bisher — über das Zweitstimmenergebnis. Das Ergebnis wird eine gerechtere Teilhabe der Parteien am Chancenausgleich sein.
2. Die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte maximale Obergrenze für die Abzugsfähigkeit von Spenden an Parteien (100 000 DM) wird auf 60 000 DM festgelegt. Gleichzeitig wird die Grenze für die Veröffentlichungspflicht (Nennung des Namens des Spenders im Rechenschaftsbericht der Partei) von 20 000 auf 40 000 DM erhöht. Da die 20 000-DM-Grenze seit 1968 unverändert ist, war diese Anpassung längst überfällig.
3. Neu eingeführt wird ein Sockelbetrag, den alle Parteien mit zumindest 2,5 % Anteil an den Zweitstimmen erhalten. Die Begründung ist klar: Jede Partei, zumal wenn sie sich neu am „politischen Markt“ etablieren will, hat bestimmte Grundaufwendungen (Sekretariat, Statutenbroschüren, Mitgliederkartei, Anfangswerbung), die für alle Parteien gleich sind. Diese „Sockelbelastung“ solle auch in Form einer besonderen Zahlung abgedeckt sein. Im übrigen entspricht die Einführung des Sockelbetrages dem Vorschlag der vom Bundespräsidenten eingesetzten Sachverständigenkommission. Die Novelle des Parteiengesetzes ist also nicht — eine erneute „Selbstbedienung der Parteien“, sondern eine notwendige Gesetzesnovelle, die die Parteienfinanzierung gerechter und logischer organisiert.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Viel Beifall gab es für Generalsekretär Heiner Geißler am zweiten Tag des Parteitages, als er in einer brillanten Rede Akzente setzte für unsere Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Nicht nur die Delegierten brachten ihm stehend Ovationen dar, auch die Präsidiumsmitglieder, an der Spitze Helmut Kohl, dankten dem Generalsekretär. Über diesen Teil des Parteitages sowie über den weiteren Verlauf berichten wir in der nächsten Ausgabe. Um unsere Parteifreunde und Leser möglichst umfangreich und authentisch zu unterrichten, hat die Redaktion sich entschlossen, die Berichterstattung über den Parteitag auf mindestens zwei Ausgaben zu verteilen, damit nicht wesentliche Beiträge allzu stark gekürzt werden müssen.

UID

19/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,- DM, Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.